
Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	50
Finanz- und Ergebnisentwicklung	54
Posten der Erfolgsrechnung im Detail	58
Das Ergebnis im Quartalsvergleich	64
Bilanz	67
Eigenkapital	68
Forschung und Entwicklung	71
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	71
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	73
Funding	76
Risikomanagement	78
Human Resources	83
Ausblick	87
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	89

Entwicklung der Märkte

Getrübtes Wachstum in Europa und den USA

Nach einem guten Start in das Jahr 2011 trübte sich die Konjunktur im Euroraum ab dem Frühjahr immer mehr ein. Im ersten Quartal legte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorquartal noch um 0,8 Prozent zu, während der Anstieg im zweiten und dritten Quartal nur mehr rund 0,2 bzw. 0,1 Prozent betrug. Im vierten Quartal rutschte der Euroraum mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung sogar in eine Rezession. Für das Gesamtjahr 2011 ergab sich daraus in Summe ein BIP-Wachstum von voraussichtlich 1,5 Prozent. Die Inflationsrate blieb 2011 mit durchschnittlich 2,7 Prozent deutlich über dem avisierten Ziel der EZB. Haupttreiber der höheren Teuerungsraten waren die gestiegenen Energiepreise.

Nachdem die US-Wirtschaft 2010 um 3,0 Prozent gewachsen war, verlangsamte sich das Wachstum 2011 auch hier wieder. Hauptgründe dafür waren der kräftige Ölpreisanstieg infolge des Arabischen Frühlings sowie die nur gedämpften Lohn- und Gehaltszuwächse und die für die USA ungewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit, die den privaten Konsum insbesondere im ersten Halbjahr belasteten. Aber auch die Maßnahmen zur Haushaltkskonsolidierung bremsten die konjunkturelle Dynamik. Dank des nachlassenden Preisauftriebs und höherer Unternehmensinvestitionen belebte sich die Konjunktur im zweiten Halbjahr jedoch wieder. Insgesamt wuchs das reale BIP der USA 2011 um 1,7 Prozent.

Unterschiedliche Entwicklung in der CEE-Region

In den Staaten Zentral- und Osteuropas (CEE), die sich bereits 2010 wieder etwas von der Finanzkrise erholt und ein Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent erreicht hatten, setzte sich der positive Trend 2011 fort. Weiterhin blieben vor allem die Exporte Hauptmotor der Wirtschaft, während die Inlandsnachfrage fast überall enttäuschte. Auch die Ausgaben der öffentlichen Hand trugen angesichts der vielerorts laufenden haushaltspolitischen Konsolidierungsmaßnahmen nur wenig zur Wirtschaftsleistung bei. Das insgesamt positive Wachstum des Jahres 2011 wurde allerdings durch die von der Eurozone ausgehenden konjunkturhemmenden Effekte gebremst.

Polen und die Slowakei wiesen 2011 das stärkste Wachstum in der Region Zentraleuropa aus. Während Polen erneut von einer robusten Inlandsnachfrage profitierte und ein solides Wachstum von 4,3 Prozent erreichte, konnte die Slowakei dank starker Exporte eine Zuwachsrate von 3,3 Prozent generieren. Aufgrund massiver Sparanstrengungen verlor das Wirtschaftswachstum in der Tschechischen Republik 2011 etwas an Dynamik und reduzierte sich auf 1,7 Prozent. In Slowenien belastete nicht zuletzt der schwache Bankensektor das Wachstum, das sich dadurch auf minus 0,2 Prozent belief. Die schwache Inlandsnachfrage in Ungarn konnte durch die starken Exporte kompensiert werden; dies resultierte in einem BIP-Wachstum von 1,7 Prozent.

Die südosteuropäischen Länder erzielten 2011 wieder ein BIP-Wachstum von 1,9 Prozent, nachdem sie 2010 mit minus 0,7 Prozent und 2009 mit minus 5,4 Prozent noch spürbar unter der Krise gelitten hatten. Die Regierungen konnten aufgrund empfindlicher Budgetrestriktionen allerdings kaum zur Ankurbelung der Wirtschaft beitragen. Auch wenn die Inlandsnachfrage weiterhin auf schwachem Niveau verharrte, trug sie dennoch zur Verringerung der Leistungsbilanzdefizite bei. Obwohl auch die Exporte sanken, stellten sie die wichtigste Antriebsfeder für die Rückkehr zum Wachstumspfad dar.

In der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) setzte sich die wirtschaftliche Erholung 2011 fort. Das russische Wirtschaftswachstum, das mit 4,3 Prozent auf Vorjahresniveau verblieb, resultierte vor allem aus den anhaltend hohen Preisen für Energieträger und andere Rohstoffe. In der Ukraine sorgten eine starke private Nachfrage, robuste Exporte und ein hervorragendes Ernteergebnis für ein Wirtschaftswachstum von 5,2 Prozent. In Belarus hingegen kam das Wirtschaftswachstum aufgrund der wirtschaftlichen Probleme des Landes in der zweiten Jahreshälfte 2011 beinahe zum Erliegen.

Insgesamt wird für 2012 eine Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in CEE erwartet, zurückzuführen hauptsächlich auf die Verlangsamung der Wirtschaft in der Eurozone infolge der Staatsschuldenkrise. Dank des Wachstums-motors Russland sollte sich die Region GUS dabei weiterhin am stärksten entwickeln. Da nicht von einer globalen Rezession auszugehen ist, dürften die Rohstoffpreise, insbesondere der Ölpreis, stabil bleiben und damit das auf Rohstoffexporten

basierende Wirtschaftsmodell der Region stützen. Demgegenüber wird für Südosteuropa aufgrund der geografischen Nähe zu den stark unter Druck geratenen südeuropäischen Euroländern mit einem deutlichen Rückgang der Exporte gerechnet. In Zentraleuropa wird für Polen für 2012 ein positives Wirtschaftswachstum prognostiziert, das wie bereits in der Vergangenheit von einer weitgehend stabilen Inlandsnachfrage getragen sein wird. Die übrigen Volkswirtschaften Zentraleuropas leiden stärker unter der abnehmenden Auslandsnachfrage der Eurozone, durch die sie in der ersten Jahreshälfte 2012 erneut in eine Rezession geraten dürften. Erst für das zweite Halbjahr prognostizieren die Wirtschaftsforscher aufgrund einer erwarteten Verbesserung der Lage in der Eurozone positive Wachstumsimpulse für die gesamte CEE-Region.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Land	2010	2011e	2012f	2013f
CE	Polen	3,9	4,3	2,8
	Slowakei	4,0	3,3	0,8
	Slowenien	1,4	-0,2	0,0
	Tschechische Republik	2,7	1,7	-0,2
	Ungarn	1,3	1,7	-0,5
CE	3,2	3,1	1,4	2,7
SEE	Albanien	3,9	2,0	2,5
	Bosnien und Herzegowina	0,7	1,9	0,0
	Bulgarien	0,4	1,7	1,0
	Kroatien	-1,2	0,2	-1,0
	Kosovo	3,9	4,0	3,0
	Rumänien	-1,6	2,5	0,5
	Serbien	1,0	2,0	0,0
SEE	-0,7	1,9	0,3	2,1
GUS	Belarus	7,6	5,3	3,0
	Russland	4,3	4,3	3,7
	Ukraine	4,2	5,2	3,5
GUS	4,4	4,4	3,7	4,0
CEE	3,5	3,7	2,6	3,4
Österreich	2,3	3,1	0,3	1,3
Deutschland	3,6	3,1	0,0	1,1
Eurozone	1,8	1,5	-0,5	1,1

Positive Entwicklung in Österreich

Nach dem Einbruch der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 (reales BIP: minus 3,8 Prozent) entwickelte sich die österreichische Volkswirtschaft 2010 (reales BIP: plus 2,3 Prozent) und vor allem in der ersten Jahreshälfte 2011 deutlich positiv. Getrieben wurde die wirtschaftliche Expansion von einem hohen Zuwachs bei den Exporten und von einer Ausweitung der Investitionstätigkeit. In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 schwächte sich die konjunkturelle Dynamik aber deutlich ab, im vierten Quartal kam es sogar zu einem leichten Rückgang des realen BIP auf Quartalsbasis. Das gute erste Halbjahr sorgte jedoch für ein kräftiges Wachstum auf Jahressicht (reales BIP: plus 3,1 Prozent). Die insgesamt gute Konjunkturentwicklung führte zu einem weiteren Rückgang der im Vergleich zur Eurozone ohnehin schon sehr niedrigen Arbeitslosenquote. Dagegen stieg die Inflation 2011 auf 3,5 Prozent deutlich an, bedingt durch den Anstieg der Rohölpreise in der ersten Jahreshälfte 2011 sowie staatliche Maßnahmen wie Steuererhöhungen. Der Höhepunkt der Teuerung wurde jedoch im September (harmonisierter Verbraucherpreisindex: plus 3,9 Prozent im Jahresvergleich) bereits überschritten.

Asien weiterhin Wachstumsmotor

Asien blieb auch 2011 die mit Abstand dynamischste Weltregion, wurde jedoch im zweiten Quartal merklich durch die Ereignisse in Japan gebremst. In China kurbelten Investitionen und eine Kreditausweitung die Binnennachfrage an, sodass das BIP nach 10,4 Prozent im Jahr 2010 im Jahr 2011 um 9,2 Prozent zulegte. Überhitzungsscheinungen führten allerdings zu einem raschen Anstieg der Inflationsraten, dem mit restriktiven geldpolitischen Maßnahmen begegnet wurde. Ebenso restriktiv ging die chinesische Regierung gegen die sich anbahnende Immobilienblase vor. Die seit der zweiten Jahreshälfte 2011 spürbare Abschwächung des Wirtschaftswachstums wird sich voraussichtlich im Jahr 2012 fortsetzen. Auch Indien hatte unter hohen Preissteigerungen zu leiden, die Inflationsrate lag hier im Jahresdurchschnitt 2011 bei über 9 Prozent. Dies führte im Zusammenspiel mit einem Rückgang der Nachfrage aus Europa zu einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf 6,1 Prozent im vierten Quartal 2011 nach 6,9 Prozent im dritten Quartal und 7,7 Prozent im zweiten Quartal 2011.

Staatsschuldenkrise belastet Finanzmärkte

Nachdem die europäische Staatsschuldenkrise schon 2010 belastend auf die Finanzmärkte gewirkt hatte, spitzte sich die Situation im Jahr 2011 weiter zu. Mit Portugal musste im April 2011 nach Griechenland und Irland das dritte Land der Eurozone auf Hilfe aus dem EFSF-/IWF-Schutzschild zurückgreifen. Während Irland und Portugal die mit EU und IWF ausverhandelten Sanierungsprogramme 2011 großteils erfolgreich umsetzten, wurde im Jahresverlauf 2011 immer deutlicher, dass Griechenland bei der Konsolidierung des Staatshaushalts die vereinbarten Budgetziele weit verfehlten würde. Bald zeigte sich, dass ein weiteres „Rettungspaket“ notwendig ist, um einen Zahlungsausfall zu verhindern. Im Juli beschlossen die EU-Finanzminister die Bereitstellung eines zweiten Hilfspakets für Griechenland, das neben zusätzlichen offiziellen Krediten auch einen „freiwilligen“ Verzicht privater Anleihegläubiger auf 21 Prozent ihrer Forderungen vorsah.

Die Befürchtung, dass eine Beteiligung des Privatsektors eine Welle der Ansteckung auf Länder wie Spanien und Italien nach sich ziehen könnte, wurde bereits im August 2011 Realität. Insbesondere die Staatsanleihen Italiens, dem gemessen am BIP nach Griechenland am zweithöchsten verschuldeten Land der Eurozone, gerieten stark unter Druck. Auch das Einschreiten der EZB, die ihr Staatsanleihen-Ankaufprogramm Anfang August auf italienische und spanische Staatspapiere ausweitete, sorgte nur kurzfristig für Entspannung. Spätestens mit der Ansteckung Italiens und Spaniens hatte sich die Staatsschuldenkrise zu einer systemischen Krise mit erheblich negativen Auswirkungen auf den gesamten Finanzsektor und in weiterer Folge auf die Realwirtschaft entwickelt. Um die Negativspirale zu stoppen, einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone Ende Oktober auf ein umfassendes Maßnahmenpaket. Die Pläne zur koordinierten Kapitalisierung des europäischen Bankensektors, zur Hebelung des EU-Schutzschildes (EFSF) und zur Ausweitung des im Rahmen des zweiten Griechenlandpaketes eingeführten Forderungsverzichts des privaten Sektors vermochten den Abverkauf von Staatsanleihen europäischer Peripheriestaaten allerdings nur kurz zu unterbrechen. Für eine nachhaltigere Entspannung auf dem europäischen Rentenmarkt (mit Ausnahme von Griechenland und Portugal) sorgte gegen Jahresende 2011 die Entscheidung der EZB, die Liquiditätsversorgung der europäischen Banken über die Bereitstellung dreijähriger Refinanzierungsgeschäfte zu verbessern.

Globale Währungen

Die Staatsschuldenkrise in der Eurozone dominierte auch 2011 die Wechselkursentwicklung von Euro und US-Dollar, während die negativen Entwicklungen in den USA (z. B. Herabstufung der Bonität, Blockade bei Budgetreformen) nur eine untergeordnete Rolle spielten. Der Euro startete mit relativ niedrigen Kursen zum US-Dollar um 1,31 in das Jahr, erholtet sich in den ersten Monaten – angesichts der Hoffnung auf Fortschritte in der Schuldenkrise – sukzessive und erreichte Anfang Mai sein Jahreshoch von EUR/USD 1,49. Mit der neuerlichen Eskalation der Schuldenkrise, insbesondere mit dem Übergreifen auf große Länder wie Italien und Spanien im Sommer, gab der Euro in der zweiten Jahreshälfte wieder spürbar nach und erreichte Ende Dezember mit EUR/USD 1,29 den Jahrestiefstand.

Im Sog der Euro-Schuldenkrise und des dadurch gestiegenen Sicherheitsbedürfnisses der Anleger setzte der Schweizer Franken seinen bereits seit Herbst 2007 anhaltenden Aufwertungstrend gegenüber dem Euro fort. Der starke Franken entwickelte sich dabei zunehmend zur Belastung für die Schweizer (Export-)Wirtschaft. Aus diesem Grund versuchte die Schweizerische Nationalbank (SNB) im August, der Aufwertung zunächst mit einer deutlichen Ausweitung der Frankenliquidität zu begegnen. Nachdem diese Versuche jedoch nicht fruchten und die eidgenössische Währung kurzzeitig sogar nahe der Parität zum Euro notierte, entschied sich die SNB Anfang September zur Einführung einer Wechselkursuntergrenze von EUR/CHF 1,20. Bisher gelang es der SNB problemlos, diese Marke zu verteidigen.

CEE-Währungen

Nachdem sich die CEE-Währungen bis Mitte 2011 zunächst stabil gehalten hatten, verloren mit Verschärfung der Staats-schuldenkrise ab Mitte August vor allem die liquiden Währungen in Zentraleuropa (polnischer Zloty, ungarischer Forint und tschechische Krone) im Vergleich zum Euro deutlich an Wert. Die aufgrund der ungelösten Probleme in der Euro-zone gestiegene Risikoaversion schwappete auf CEE über und sorgte wie bereits in der Finanzkrise für eine relativ un-differenzierte Behandlung der ganzen Region durch Investoren.

Der polnische Zloty ist seit Beginn der Staatschuldenkrise in der Eurozone einem besonderen Marktdruck ausgesetzt. Ursache dafür ist die sehr hohe Liquidität im polnischen Devisen- und Anleihenmarkt. Im Jahresverlauf 2011 führten Marktinterventionen seitens der polnischen Behörden allerdings zu einer zeitweisen Stabilisierung des Zloty. Auch die tschechische Krone gab seit August gegenüber dem Euro deutlich nach. Am stärksten betroffen war jedoch der ungarische Forint, der auch aufgrund von politischen Entscheidungen sowie einer Rating-Herabstufung erneut die Tiefstkurse zum Euro von 2009 erreichte. Während die Währungen der Länder in Zentraleuropa starken Schwankungen unterworfen waren, reflektierten die südosteuropäischen Währungen die Unsicherheiten und die gestiegene Risikoaversion nur zum Teil direkt. Indirekte Auswirkungen in Form geringerer Auslandsinvestitionen waren aber sehr wohl bemerkbar und führten vor allem im zweiten Halbjahr 2011 zu einer Abwertung der kroatischen Kuna, des rumänischen Leu und des serbischen Dinars. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich auch 2012 fortsetzen.

Entwicklung des Bankensektors

Weiteres Wachstum des Bankensektors in CEE

Die Verknappung und Verteuerung externer Finanzierungen für Banken und Staaten sowie die geringere Kreditnachfrage – beides Folgen der verschärften Kreditvergabepolitik der Banken – hatten 2009 für eine Stagnation des Kreditwachstums in CEE gesorgt (minus 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Das Jahr 2010 brachte eine Erholung, das Kreditwachstum in CEE betrug insgesamt wieder fast 14 Prozent, 2011 sollten auch wieder 14 Prozent Kreditzuwachs in Reichweite sein. Insgesamt waren die Kreditzuwachsraten in CEE in den Jahren 2010 und 2011 aber deutlich niedriger als in den Vorkrisen-jahren 2004 bis 2008.

Der positive Trend von 2010 setzte sich v. a. im ersten Halbjahr 2011 fort, besonders bei Firmenkunden nahm die Kredit-vergabe weiter leicht zu. Vor dem Hintergrund strengerer Kreditvergabestandards schwächte sich das Kreditwachstum in CEE im zweiten Halbjahr 2011 allerdings leicht ab. Auch 2012 dürfte diese Tendenz angesichts des herausfordernden regulatorischen und realwirtschaftlichen Umfelds vor allem im ersten Halbjahr anhalten. Aktuelle Prognosen gehen für 2012 von einem Kreditwachstum von 5 bis 10 Prozent in Zentraleuropa und der GUS sowie von einem Wachstum von 1 bis 3 Prozent in Südosteuropa aus.

Nach einem schwachen Zuwachs von 0,6 Prozent im Jahr 2009 legte die Bilanzsumme des Bankensektors (in Euro ge-rechnet) 2010 und 2011 um 13 Prozent bzw. 14 Prozent zu. Diese Wachstumsraten lagen allerdings ebenso wie das Kreditwachstum deutlich unter dem Vorkrisenniveau der Jahre 2004 bis 2008. Für die kommenden Jahre wird ein Wachstum der Bilanzsummen in der Gesamtregion CEE im niedrigen einstelligen Prozentbereich prognostiziert, wobei sich die einzelnen Länder sehr unterschiedlich entwickeln werden. So sollte in Russland auch in den kommenden Jahren ein Bilanzsummenwachstum im niedrigen zweistelligen Prozentbereich möglich sein, in den Ländern Zentraleuropas (mit Ausnahme Ungarns) dürfte es sich im hohen einstelligen Prozentbereich bewegen. In vielen südosteuropäischen Ländern erscheint angesichts des herausfordernden Umfelds (hohe Relationen von Krediten zu Einlagen und hoher Kreditbestand in Relation zur Wirtschaftskraft, also geringe zukünftige Kreditnachfrage) nur ein Bilanzsummenwachstum im niedrigen einstelligen Prozentbereich möglich.

Schwieriges Finanzierungsumfeld für Staaten und Banken

Im Jahr 2010 sowie im ersten Halbjahr 2011 verbesserte sich das Finanzierungsumfeld für Staaten in CEE deutlich. Damit waren sowohl Refinanzierungen als auch Neuemissionen von Staatsschuldentiteln auf dem jeweiligen lokalen wie auch dem globalen Anleihemarkt sichergestellt. Viele Staaten nutzten das günstige Umfeld zur Vorfinanzierung. Beim Rendite-niveau lokaler Staatsanleihen war dabei über lange Zeit ein Seitwärtstrend zu beobachten, der einerseits auf die weiterhin expansive Geldpolitik in Westeuropa, andererseits auf abnehmende Risikoauschläge zurückzuführen war. Gleichzeitig wurden die einzelnen CEE-Länder am Anleihemarkt sehr differenziert beurteilt. Risikoindikatoren wie Staatsverschuldung, Budgetdefizit und politische Unsicherheit fanden dabei ihren Niederschlag in den Anleihepreisen. Dieses Umfeld wird auch in Zukunft die reformfreudigen CEE-Länder begünstigen. Derzeit liegen die Risikoprämien für mehrere CEE-Länder unter jenen für einige Länder der Eurozone, wie etwa Italien, Portugal oder Spanien. Im zweiten Halbjahr 2011 ver-schlechterte sich das Finanzierungsumfeld für die Staaten und Banken in CEE allerdings wieder deutlich, sodass Unter-stützungsmaßnahmen (unter Beteiligung des IWF) für einzelne CEE-Länder 2012 nicht auszuschließen sind.

Finanz- und Ergebnisentwicklung

Einleitung und Konsolidierungskreis

Der Konzernabschluss der RBI wird auf Basis der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt. Die RBI AG stellt außerdem einen Einzelabschluss nach österreichischem Unternehmensrecht (UGB) in Verbindung mit dem Bankwesengesetz (BWG) auf, der die formale Bemessungsgrundlage für die Dividenden-ausschüttung und die Steuerbemessung darstellt. Betreffend die nach UGB und BWG geforderten Angaben wird auf die entsprechenden Kapitel in diesem Lagebericht und im Anhang verwiesen.

Die RBI steht indirekt in mehrheitlichem Besitz der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB) und ist somit Teil des RZB-Konzerns. Der Anteil der RZB betrug zum Jahresende rund 78,5 Prozent, die restlichen Anteile befanden sich im Streubesitz. Zum 31. Dezember 2011 umfasste der Konsolidierungskreis der RBI insgesamt 135 Konzerneinheiten, darunter 21 Banken sowie eine Reihe von Finanzinstituten und banknahen Servicebetrieben. Hinsichtlich der Veränderung des Konsolidierungskreises wird auf die entsprechenden Kapitel im Anhang verwiesen.

Ergebnisentwicklung

Jahresüberschuss vor Steuern gestiegen

Das Ergebnis vor Steuern der RBI für 2011 stieg um 7 Prozent auf € 1.373 Millionen. Die einzelnen Ergebniskomponenten der Erfolgsrechnung haben sich dabei stark unterschiedlich entwickelt. Auch auf regionaler Ebene waren unter-schiedliche Entwicklungen zu beobachten. Während viele CEE-Länder – insbesondere Russland (plus 63 Prozent auf € 434 Millionen), die Slowakei (plus 51 Prozent auf € 185 Millionen) sowie das Segment Group Corporates (plus 26 Prozent auf € 374 Millionen) – deutliche Ergebniszuwächse erzielten, wurde in Ungarn ein Verlust vor Steuern von € 375 Millionen ausgewiesen. Die Situation in Ungarn ergab sich teils durch Maßnahmen auf politischer Ebene (per Gesetz begünstigte vorzeitige Tilgung von Fremdwährungskrediten), teils durch einen weiteren Rückgang der Qualität des Kreditportfolios in den lokalen Konzerneinheiten.

Positiver Trend bei Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen gingen in den meisten Ländern mit Ausnahme Ungarns aufgrund des weiter verbesserten wirtschaftlichen Umfelds sowie aktiv gesteuerter Maßnahmen zur Stabilisierung des Kreditportfolios deutlich zurück, und zwar in Summe um 11 Prozent oder € 131 Millionen. Während in vielen Ländern deutlich geringere

Vorsorgen gebildet werden mussten, kam es in Ungarn wegen der wirtschaftlichen und politischen Situation jedoch zu einem Anstieg der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 282 Millionen auf € 478 Millionen, die damit knapp die Hälfte der konzernweiten Kreditrisikovorsorgen ausmachten. Die Nettodotierungen zu Einzelwertberichtigungen lagen dabei in der RBI mit € 1.177 Millionen um 2 Prozent unter dem Vorjahreswert. Bei den Portfolio-Wertberichtigungen kam es im Berichtsjahr aufgrund von Auflösungen in Russland, Ungarn, der Ukraine und der Slowakei netto zu Auflösungen von € 105 Millionen. Die Neubildungsquote auf Basis der durchschnittlichen Kreditrisikoaktiva sank um 28 Basispunkte auf 1,38 Prozent. Auch die NPL Ratio – der Anteil der notleidenden Kredite am Kreditportfolio – entwickelte sich positiv und sank erstmals seit Jahren um 0,3 Prozentpunkte auf 8,6 Prozent.

Bewertungsgewinne bei Derivaten und eigenen Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus Derivaten und designierten Verbindlichkeiten drehte im Jahresvergleich auf € 413 Millionen ins Plus. Zum einen stieg hier das Bewertungsergebnis von zu Steuerungszwecken eingegangenen derivativen Finanzinstrumenten speziell wegen der seit dem zweiten Quartal flacher werdenden Zinskurve um € 258 Millionen. Zum anderen werteten die zu Marktwerten bewerteten eigenen Verbindlichkeiten aus Emissionen wegen des stark erhöhten Credit Spreads der RBI als Folge der Entwicklungen auf den Kapitalmärkten ab, woraus ein Bewertungsgewinn von € 184 Millionen entstand.

Marktbedingte Bewertungsverluste bei Wertpapieren

Die durch die europäische Staatsschuldenkrise verstärkte Volatilität auf den Finanzmärkten spiegelte sich in den Bewertungsverlusten bei Wertpapieren und Beteiligungen und dem Rückgang des Ergebnisses aus Finanzinvestitionen um € 278 Millionen auf minus € 141 Millionen wider.

Konjunkturausblick erforderte Abschreibung von Firmenwerten

Aus den veränderten makroökonomischen Prognosen für die Ukraine und dem für die Bewertung relevanten erhöhten Diskontsatz resultierte bei der Raiffeisen Bank Aval eine teilweise Firmenwertabschreibung von € 183 Millionen. Damit verblieb Ende 2011 für diese Bank in der Bilanz ein Firmenwert von € 29 Millionen. Die geringen bilanziellen Firmenwerte für die Banken in Ungarn (€ 3 Millionen) und Slowenien (unter € 1 Million) wurden zur Gänze abgeschrieben. Der Gesamtbestand aller Firmenwerte lag zum Jahresende bei € 408 Millionen.

Leichter Anstieg der Betriebserträge

Die Betriebserträge nahmen ohne Berücksichtigung der Firmenwertabschreibungen um 1 Prozent oder € 72 Millionen auf € 5.475 Millionen zu. Der Zinsüberschuss stieg dabei um 3 Prozent und entsprach damit zwei Dritteln der Betriebserträge. Leichten volumenbedingten Rückgängen stand hier eine um 10 Basispunkte verbesserte Nettozinsspanne von 2,61 Prozent gegenüber. Der Provisionsüberschuss blieb mit € 1.490 Millionen nahezu auf Vorjahresniveau, während das Handelergebnis im Jahresvergleich um 11 Prozent zulegte. Dies ist überwiegend Bewertungsgewinnen aufgrund einer Änderung des Bewertungsmodells zur Anpassung an die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen bei Kapitalgarantien zuzuschreiben. Gegenläufig wirkten die negativen Effekte aus der Anwendung der Rechnungslegung für Hochinflationsländer (Belarus), die im vierten Quartal 2011 erstmals vorzunehmen war. Das sonstige betriebliche Ergebnis lag mit minus € 45 Millionen (ohne Berücksichtigung der Firmenwertabschreibungen) um € 51 Millionen unter dem Vorjahresniveau. Dies ist im Wesentlichen auf die Einführung der österreichischen Bankenabgabe zurückzuführen, die für die RBI zusätzliche Aufwendungen von € 83 Millionen verursachte. Diese wurden als sonstige nicht ertragsabhängige Steuern im sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellt.

Moderater Zuwachs bei den Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um knapp 5 Prozent oder € 141 Millionen auf € 3.120 Millionen. Die Cost/Income Ratio (ohne Berücksichtigung der Firmenwertabschreibungen) stieg dadurch um 1,8 Prozentpunkte auf 57,0 Prozent. Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozent oder € 87 Millionen. Dieser Anstieg wurde insbesondere durch marktbedingte Gehaltsanpassungen und Bonuszahlungen in einigen Märkten sowie durch gesetzliche Änderungen bei den Sozialabgaben in Russland und der Slowakei verursacht. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter stieg – im Wesentlichen bedingt durch einen Personalzuwachs in der Ukraine, Russland und Rumänien – um 1 Prozent oder 833 Personen auf 60.021. Die höchsten Zugänge waren

in der Tschechischen Republik, der Ukraine und Russland zu verzeichnen. Der Sachaufwand stieg im Vorjahresvergleich um 2 Prozent oder € 23 Millionen. Insbesondere traten hier Zuwächse beim Aufwand für Einlagensicherungen (plus 16 Prozent) und beim IT-Aufwand (plus 10 Prozent) ein. Die Anzahl der Geschäftsstellen verringerte sich im Berichtsjahr um 33 auf 2.928. Ausweitungen in der Tschechischen Republik (plus 17) standen Reduktionen in der Ukraine (minus 22), Serbien (minus 10) und Ungarn (minus 10) gegenüber.

Überproportionaler Anstieg der Steuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag lagen mit € 399 Millionen um € 289 Millionen über dem Vorjahreswert. Dies ist durch Sondereffekte bei den latenten Steuern im Berichtsjahr selbst sowie im Jahr 2010 erklärbar: 2011 konnten die Verluste in Ungarn steuerlich nicht vollständig durch Aktivierung entsprechender Verlustvorträge geltend gemacht werden, zudem sorgten Gewinne auf eigene Verbindlichkeiten für eine Erhöhung der latenten Steuern. Im Jahr 2010 war es hingegen zu steuerentlastenden Effekten gekommen, insbesondere durch latente Steuererträge aus der Aktivierung von steuerlichen Verlustvorträgen in Österreich (€ 120 Millionen), zusätzliche Entlastungen hatte eine Änderung der Steuergesetzgebung in der Ukraine gebracht (€ 26 Millionen). In Summe stieg die rechnerische Steuerquote dadurch von 8,6 Prozent auf 29,1 Prozent. Ohne die erwähnten Sondereffekte läge die rechnerische Steuerquote bei rund 20 Prozent.

Konzern-Jahresüberschuss bei knapp € 1 Milliarde

Das Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile fiel stark unterproportional zum Ergebnis nach Steuern um 93 Prozent auf minus € 6 Millionen. Dieser Rückgang wurde in erster Linie durch die Verluste in Ungarn verursacht, an denen Minderheiten mit rund 30 Prozent beteiligt sind. Darüber hinaus entfielen die Ergebniszüchse überwiegend auf Konzerninheiten mit keinen oder nur geringen nicht beherrschenden Anteilen. Nach Abzug des Ergebnisses der nicht beherrschenden Anteile errechnet sich der auf die RBI entfallende Konzern-Jahresüberschuss mit € 968 Millionen und liegt damit um 11 Prozent oder € 120 Millionen unter dem Vorjahreswert.

Gewinn je Aktie beträgt € 3,95

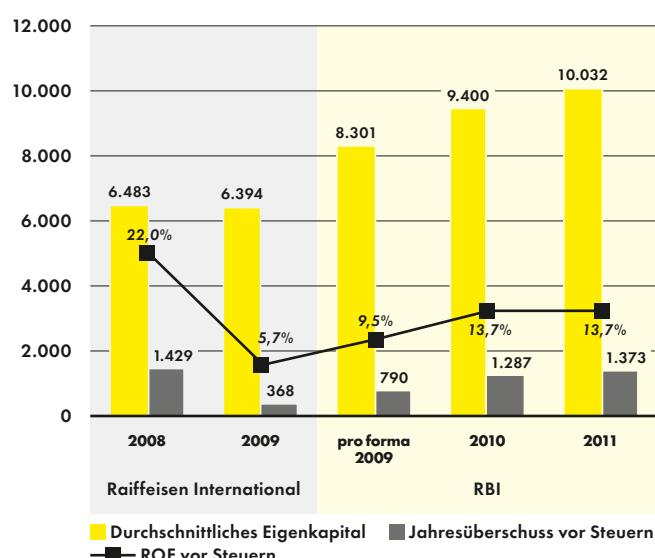
Auf jede der 194,6 Millionen im Umlauf befindlichen Aktien entfiel 2011 ein Gewinn von € 3,95. Im Vorjahr lag dieser Wert bei € 4,56. Der Vorstand wird der Hauptversammlung im Juni 2012 vorschlagen, für das Geschäftsjahr 2011 wie für das Geschäftsjahr 2010 eine Dividende von € 1,05 je Aktie zur Auszahlung zu bringen. Dies ergäbe eine Gesamtauszahlung von € 205 Millionen.

ROE vor Steuern unverändert bei 13,7 Prozent

Der für die Performancemessung wichtige Return on Equity vor Steuern lag – in erster Linie dank der linearen Erhöhung seiner Berechnungskomponenten – im Jahresvergleich unverändert bei 13,7 Prozent. Neben dem Jahresüberschuss vor Steuern wuchs auch das der Berechnung zugrunde liegende durchschnittliche Eigenkapital um 7 Prozent auf € 10.032 Millionen. Für einen Zuwachs sorgten dabei die thesaurierten Gewinne, während Währungseffekte sowie Dividendenzahlungen dämpfend wirkten. Ohne die Firmenwertabschreibungen wäre der ROE mit 15,6 Prozent über dem Vorjahreswert. Der Konzern-ROE – bezogen auf das den Aktionären der RBI zurechenbare Kapital – fiel wegen der höheren Steuern um 2,1 Prozentpunkte auf 10,8 Prozent.

Entwicklung von Jahresüberschuss und Return on Equity

in € Millionen



Eigenkapital wächst um 5 Prozent auf € 10,9 Milliarden

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals der nicht beherrschenden Anteile erhöhte sich gegenüber dem Jahresbeginn um 5 Prozent oder € 532 Millionen auf € 10.936 Millionen. Einem Zuwachs durch das sonstige Ergebnis von € 811 Millionen sowie Einzahlungen von nicht beherrschenden Anteilen i. H. v. € 169 Millionen standen dabei Rückgänge durch Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2010 von insgesamt € 463 Millionen gegenüber. Davon entfielen € 204 Millionen auf Aktionäre der RBI, € 200 Millionen auf das Partizipationskapital sowie € 58 Millionen auf nicht beherrschende Anteile.

Das sonstige Ergebnis war neben dem Periodenüberschuss nach Steuern von € 974 Millionen durch Währungsdifferenzen und Capital Hedges aufgrund von Abwertungen in Russland, Belarus und Polen von insgesamt minus € 318 Millionen bestimmt. Das Ergebnis aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (AFS) ergab einen Bewertungsgewinn nach Steuern von € 113 Millionen. Durch die ergebniswirksame Ausbuchung des Bewertungsergebnisses aus dem Cash-Flow Hedging infolge der Beendigung dieser Absicherungsaktivitäten ergab sich ein Minus von € 36 Millionen (nach Berücksichtigung latenter Steuern). Durch die in Belarus notwendig gewordene Anwendung der Rechnungslegung für Hochinflationsländer erhöhte sich das sonstige Ergebnis um € 95 Millionen.

Kernkapitalquote auf 9,9 Prozent gestiegen

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent auf € 12.858 Millionen. Die beschriebenen Änderungen im Eigenkapital (mit Ausnahme des regulatorisch nicht relevanten Bewertungsergebnisses aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten) erhöhten das Kernkapital (Tier 1) um 2 Prozent auf € 9.434 Millionen. Dagegen blieben die ergänzenden Eigenmittel (Tier 2) konstant bei € 3.368 Millionen. Die kurzfristigen ergänzenden Eigenmittel (Tier 3) wuchsen durch abreifende Tier-2-Emissionen um 45 Prozent auf € 100 Millionen.

Die erforderlichen Eigenmittel blieben trotz der Einführung der CRD-III-Regelungen, die sich im Wesentlichen auf das Marktrisiko auswirkten und einen Zuwachs von € 324 Millionen verursachten, mit einem Anstieg um € 39 Millionen auf € 7.624 Millionen nahezu konstant. Einem Plus von 2 Prozent beim Kreditrisiko und von 66 Prozent beim Marktrisiko stand hier aufgrund einer Methodenänderung eine Verringerung des Eigenmittelerfordernisses für das Fremdwährungsrisiko um 65 Prozent gegenüber.

Die Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko stieg um 0,2 Prozentpunkte auf 9,9 Prozent. Die Eigenmittelquote erhöhte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 13,5 Prozent. Die Core Tier 1 Ratio (ohne Berücksichtigung des Hybridkapitals) verbesserte sich von 8,9 Prozent auf 9,0 Prozent.

Liquiditätsbedingter Anstieg der Bilanzsumme um 12 Prozent

Seit Jahresbeginn 2011 erhöhte sich die Bilanzsumme um 12 Prozent oder € 15,8 Milliarden auf € 147,0 Milliarden. Währungseffekte reduzierten die Bilanzsumme dabei um rund 1 Prozent. Aktivseitig ergaben sich Zuwächse durch höhere kurzfristige Bankforderungen, darunter z. T. Repo-Transaktionen, durch welche die Forderungen an Kreditinstitute um € 4,2 Milliarden anstiegen. Auch die Barreserve wuchs wegen höherer Einlagen bei den Zentralbanken um € 6,6 Milliarden. Die Forderungen an Kunden abzüglich der Kreditrisikovorsorgen wuchsen um € 5,6 Milliarden, überwiegend bedingt durch Kreditvergaben an Großkunden und Repo-Transaktionen mit Nichtbanken. Passivseitig ist der Zuwachs im Wesentlichen auf zwei Bilanzposten zurückzuführen: Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um € 9,1 Milliarden, was hauptsächlich auf institutionelle Kunden und Firmenkunden (€ 6,3 Milliarden) sowie auf Privatkunden (€ 3,3 Milliarden) zurückzuführen ist. Die Loan/Deposit Ratio (Deckung der Kundenkredite durch Kundeneinlagen) verbesserte sich gegenüber dem Jahresende 2010 um 9 Prozentpunkte auf 122 Prozent. Auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen durch einen Zufluss kurzfristiger Einlagen um € 4,3 Milliarden, während die verbrieften Verbindlichkeiten durch das Abreifen diverser Emissionen – insbesondere einer 2009 ausgegebenen staatsgarantierten Anleihe im Volumen von € 1,5 Milliarden – um € 2,2 Milliarden zurückgingen.

Posten der Erfolgsrechnung im Detail

Betriebsergebnis

in € Millionen	1.1.–31.12.2011	1.1.–31.12.2010	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	3.667	3.578	89	2,5%
Provisionsüberschuss	1.490	1.491	- 1	- 0,1%
Handelsergebnis	363	328	35	10,7%
Sonstiges betriebliches Ergebnis ¹	- 45	6	- 51	-
Betriebserträge	5.475	5.403	72	1,3%
Personalaufwand	- 1.540	- 1.453	- 87	6,0%
Sachaufwand	- 1.209	- 1.187	- 23	1,9%
Abschreibungen	- 372	- 340	- 31	9,2%
Verwaltungsaufwendungen	- 3.120	- 2.980	- 141	4,7%
Betriebsergebnis	2.355	2.424	- 69	- 2,8%

¹ Exkl. Abschreibungen auf Firmenwerte

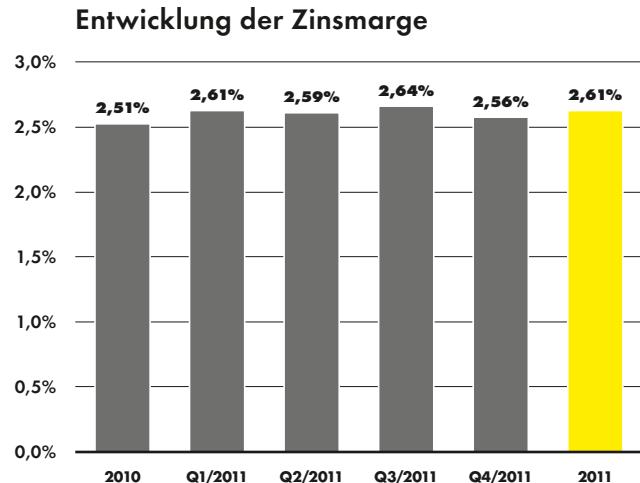
Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss der RBI verbesserte sich 2011 um 3 Prozent oder € 89 Millionen auf € 3.667 Millionen. Der Anteil des Zinsüberschusses an den Betriebserträgen lag damit bei 67 Prozent. Die Zinsspanne (gerechnet auf die durchschnittliche Bilanzsumme) verbesserte sich um 10 Basispunkte auf 2,61 Prozent. Die durchschnittliche Bilanzsumme sank um 1 Prozent.

Der Zinsüberschuss wurde im Berichtsjahr von den unterschiedlichsten Komponenten beeinflusst. Einerseits verbesserte sich das Kundengeschäft v. a. in Russland, Rumänien, Österreich und der Slowakei maßgeblich, und auch eine günstigere Refinanzierung unterstützte das Zinsergebnis. Das Zinsergebnis aus Wertpapieren wiederum profitierte von höheren Zinsen für Staatspapiere, die in der Ukraine und in Polen zur Veranlagung von Überliquidität gekauft wurden.

Andererseits sank das Ergebnis in Ungarn wegen des schwierigen Kreditumfelds und gesunkenen Kundenvolumina um € 42 Millionen. Ebenso verschlechterte sich das Ergebnis in Belarus um € 18 Millionen, hervorgerufen durch die Anwendung des Stichtagskurses für Positionen der Erfolgsrechnung im Zuge der Anwendung des IAS 29 (Rechnungslegung für Hochinflationsländer).

Am stärksten stieg die Zinsmarge mit einem Plus von 34 Basispunkten auf 1,97 Prozent aufgrund besserer Margen im Neugeschäft im Segment Group Corporates. In Russland erhöhte sich die Nettozinsspanne dank des gestiegenen Neugeschäfts volumens und einer verbesserten Refinanzierung um 33 Basispunkte auf 4,47 Prozent. Im Segment Group Markets erhöhte sich die Nettozinsspanne um 14 Basispunkte auf 0,85 Prozent, im Segment Südosteuropa um 17 Basispunkte auf 4,07 Prozent. Großteils waren dafür eine bessere Refinanzierung bzw. günstigere Zinsen auf Kundeneinlagen aufgrund der Überliquidität in den meisten südosteuropäischen Ländern maßgeblich. Die Nettozinsspanne in GUS Sonstige verringerte sich v. a. aufgrund des gesunkenen Zinsergebnisses in Belarus um 9 Basispunkte auf 6,10 Prozent. Im Segment Zentraleuropa sank die Zinsmarge wegen des schwierigen Marktumfelds und der daraus resultierenden geringeren Kundenvolumina um 13 Basispunkte auf 3,16 Prozent.



Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss blieb im Jahresvergleich stabil bei € 1.490 Millionen und war damit für 27 Prozent der Betriebserträge verantwortlich. Während hier das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr um € 12 Millionen und jenes aus den sonstigen Bankdienstleistungen um € 11 Millionen stieg, wurde im Wertpapiergeschäft ein Rückgang von € 16 Millionen verzeichnet. Auch das Ergebnis aus dem Verkauf von Eigen- und Fremdprodukten blieb um € 6 Millionen unter dem Vorjahreswert.

Das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr wuchs um € 12 Millionen auf € 611 Millionen und hatte mit 41 Prozent den größten Anteil am Provisionsüberschuss. Gestützt wurde es durch die verbesserte Wirtschaftslage und die daraus resultierenden gestiegenen Transaktionsvolumina. Mit € 103 Millionen lieferte dabei die Ukraine den größten Beitrag, in der Tschechischen Republik wurde aufgrund der optimierten Preispolitik ein Anstieg von € 13 Millionen verzeichnet.

Das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft

blieb mit € 280 Millionen auf dem Niveau des Vorjahrs, die größten Beiträge stammten hier mit € 60 Millionen aus Russland und mit € 47 Millionen aus Rumänien. Während in Russland ein Zuwachs von € 26 Millionen erwirtschaftet werden konnte, musste in Rumänien durch schlechtere Margen und niedrigere Volumina ein Rückgang von € 25 Millionen verbucht werden.

Das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft sank um € 16 Millionen auf € 119 Millionen, zum Teil zurückzuführen auf die Entwicklung im Segment Group Markets.

Das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft lag mit € 330 Millionen auf Höhe des Vorjahresergebnisses. Den größten Anteil erwirtschafteten hier Russland, Polen, die Tschechische Republik und Rumänien. Die größten Ergebniszuwächse brachten gestiegene Volumina in Russland und der Tschechischen Republik.

Das Ergebnis aus der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds blieb mit € 27 Millionen unverändert zum Vorjahr und wurde vorwiegend in der Slowakei und in Kroatien erwirtschaftet.

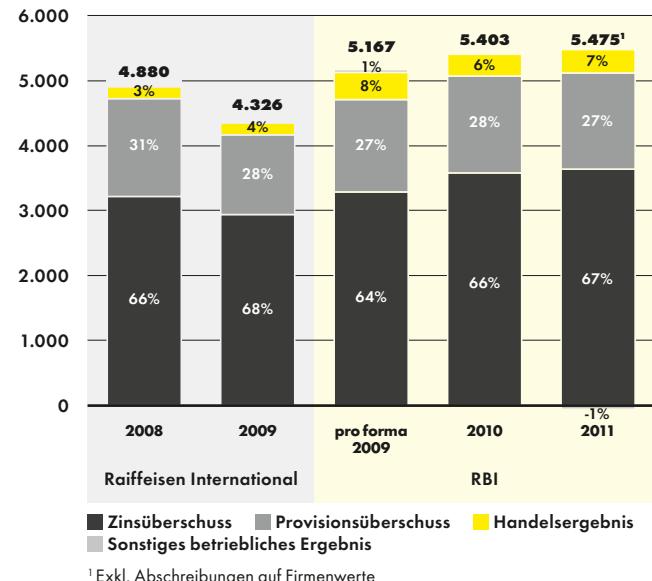
Handelsergebnis

Das Handelsergebnis der RBI verbesserte sich um 11 Prozent oder € 35 Millionen auf € 363 Millionen. Es setzt sich aus dem Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft (Rückgang um € 40 Millionen), dem Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft (Rückgang um € 14 Millionen), dem Ergebnis aus dem Aktien- und indexbezogenen Geschäft (Rückgang um € 5 Millionen), dem Kreditderivatgeschäft (Zuwachs von € 3 Millionen) und dem sonstigen Geschäft (Zuwachs von € 92 Millionen) zusammen.

Das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft ging um 19 Prozent oder € 40 Millionen auf € 171 Millionen zurück. Insbesondere in Russland lag hier das Ergebnis um € 15 Millionen unter dem Vergleichswert des Vorjahres, der durch Wertaufholungen bei Zinsprodukten allerdings überdurchschnittlich hoch gewesen war. Auch in Kroatien sank das Ergebnis aufgrund von Bewertungsverlusten von Staatspapieren, die aufgrund der europäischen Schuldenkrise stark unter Druck gerieten. Ebenfalls einen Rückgang zeigte aufgrund der Verflachung der Zinskurve in den Segmenten Group Markets und Group Corporates das Bewertungsergebnis aus Zinsswaps.

Entwicklung der Betriebserträge

in € Millionen



Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft ging um 11 Prozent oder € 14 Millionen auf € 107 Millionen zurück. Dabei beeinflusste die Anwendung des IAS 29 im Zusammenhang mit der Hochinflation in Belarus das Ergebnis mit € 84 Millionen negativ. Diesem Effekt stand allerdings ein Bewertungsgewinn von € 44 Millionen aus einer zur teilweisen Absicherung des Eigenkapitals bestehenden strategischen Währungsposition gegenüber, der durch die starke Abwertung des belarussischen Rubels entstand. Das Ergebnis in Russland wiederum verschlechterte sich aufgrund von Bewertungsverlusten aus Devisentransaktionen. In Zentraleuropa stieg das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft aufgrund von Bewertungsgewinnen aus Währungsswap-, Devisentermin- und Spotgeschäften in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik. In Österreich verbesserte sich das Ergebnis hauptsächlich aufgrund von Bewertungsgewinnen aus Devisenterminkontrakten sowie aus dem Banknoten- und Münzenhandel, der von € 17 Millionen auf € 25 Millionen zunahm.

Das Ergebnis aus dem sonstigen Geschäft beruht insbesondere auf gegebenen Kapitalgarantien. Hier wurde die Bewertungsmethodik an die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst. Aus dieser Umstellung ergab sich ein Ergebnis in Höhe von € 81 Millionen.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis ohne Berücksichtigung der Firmenwertabschreibungen reduzierte sich von € 6 Millionen im Jahr 2010 auf minus € 45 Millionen. Hauptgrund dafür war die 2011 erstmals erhobene Bankenabgabe in Österreich im Ausmaß von € 83 Millionen. Im Zusammenhang mit dem „Home Protection Plan“ in Ungarn konnten Verluste aus der Restrukturierung von überfälligen Krediten gegen die Bankenabgabe aufgerechnet werden, wodurch sie im Berichtsjahr um € 31 Millionen auf insgesamt € 10 Millionen reduziert werden konnte.

Das Ergebnis aus Investment Property inklusive Operating Leasing (das sind nicht betrieblich genutzte Immobilien) stieg im Vorjahresvergleich um € 8 Millionen, vorwiegend aufgrund neuer Leasingverträge in Kroatien und den Umsätzen einer neuen Konzerneinheit in Russland. Das Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen ging um € 16 Millionen auf minus € 12 Millionen zurück. Hintergrund dafür war der im Jahr 2010 erhöhte Rückstellungsbedarf für offene Rechtsfälle in Russland und der Slowakei.

Sowohl das Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten als auch das Ergebnis aus der Vermittlung von Dienstleistungen war im Berichtsjahr leicht rückläufig.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um 5 Prozent oder € 141 Millionen auf € 3.120 Millionen. Die Cost/Income Ratio betrug 57,0 Prozent (2010: 55,1 Prozent).

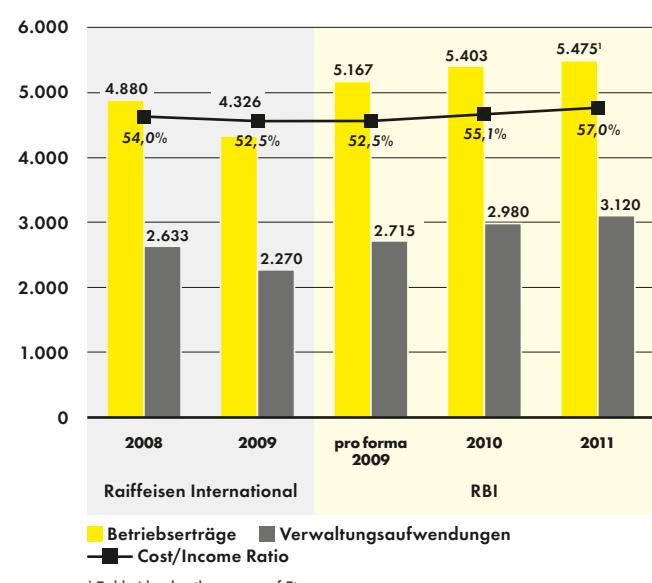
Personalaufwand

Der Personalaufwand – mit einem Anteil von 49 Prozent die größte Position unter den Verwaltungsaufwendungen – stieg im Vorjahresvergleich um 6 Prozent oder € 87 Millionen auf € 1.540 Millionen.

Dieser Anstieg wurde insbesondere durch marktbedingte Gehaltsanpassungen und Bonuszahlungen in einigen Märkten sowie durch gesetzliche Änderungen bei den Sozialabgaben in Russland und der Slowakei verursacht. Gleichzeitig führte die gestiegene durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter zu einem höheren Personalaufwand in der Tschechischen Republik (v. a. durch den Ausbau des

Entwicklung der Cost/Income Ratio

in € Millionen



Filialnetzes), der Ukraine, Russland, Polen und der Slowakei. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter des Konzerns (ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten) stieg um 1 Prozent oder 833 Personen auf 60.021 Mitarbeiter. Die größten Zuwächse verzeichneten die Tschechische Republik (plus 349), die Ukraine (plus 189), Russland (plus 137), Polen (plus 87) und die Slowakei (plus 75).

Sachaufwand

Der Sachaufwand erhöhte sich um 2 Prozent oder € 23 Millionen auf € 1.209 Millionen. Anstiege verzeichneten hier der IT-Aufwand (plus 10 Prozent), die Einlagensicherung (plus 16 Prozent), der Sicherheitsaufwand (plus 11 Prozent) und der Werbe- und Repräsentationsaufwand (plus 3 Prozent). Dagegen sanken der sonstige Aufwand (minus 14 Prozent), der Büroaufwand (minus 3 Prozent) und der Kommunikationsaufwand (minus 2 Prozent).

Der Anstieg des IT-Aufwands begründet sich vorwiegend durch neue Projekte und Software-Serviceverträge in Russland, Rumänien, Polen und der Slowakei. In der Tschechischen Republik kam es bedingt durch neue Vorgaben bei der Berechnung zu einem Anstieg des Einlagensicherungsaufwands. Der Werbe- und Repräsentationsaufwand stieg im Wesentlichen aufgrund verstärkter Marketingmaßnahmen in der Slowakei und der Tschechischen Republik. Der Anstieg des Sicherheitsaufwands stand im Zusammenhang mit der Erhöhung des Geschäftsvolumens im Handel mit Edelmetallen.

Die Anzahl der Geschäftsstellen ging um 33 auf 2.928 zum Jahresende zurück. Die größten Rückgänge wurden hier in der Ukraine mit minus 22 und in Serbien mit minus 10 Geschäftsstellen verzeichnet, während es in der Tschechischen Republik zu einem Anstieg um 17 und in Rumänien zu einer Erweiterung um 8 Geschäftsstellen kam.

Aufwendungen für Abschreibungen

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen im Vergleich zum Vorjahr um € 31 Millionen auf € 372 Millionen (2010: € 340 Millionen). Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte verzeichneten dabei mit einem Plus von € 15 Millionen auf € 143 Millionen den größten Anstieg. Dies war einerseits auf die Implementierung neuer Software und auf eine Verkürzung der Nutzungsdauer der zu ersetzenen Systeme zurückzuführen. Andererseits verursachten neue Software-Projekte in der Ukraine, Rumänien, Russland und Österreich zusätzliche Abschreibungen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen stiegen um € 14 Millionen auf € 194 Millionen. Der Hauptgrund für den Anstieg lag in der Wertminderung eines Gebäudes in Russland um € 11 Millionen.

Im Berichtszeitraum wurden konzernweit € 580 Millionen investiert. Davon flossen 49 Prozent (€ 288 Millionen) in eigene Sachanlagen. Auf Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, die zum überwiegenden Teil Software-Systeme betrafen, entfielen 35 Prozent. Der Rest wurde in Vermögenswerte des operativen Leasinggeschäfts investiert.

Konzern-Jahresüberschuss

in € Millionen	1.1.–31.12.2011	1.1.–31.12.2010	Veränderung absolut	Veränderung in %
Betriebsergebnis	2.355	2.424	- 69	- 2,8%
Nettодотирования zu Kreditrisikovorsorgen	- 1.064	- 1.194	131	- 10,9%
Übrige Ergebnisse ¹	82	58	24	41,7%
Jahresüberschuss vor Steuern	1.373	1.287	86	6,7%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 399	- 110	- 289	262,4%
Jahresüberschuss nach Steuern	974	1.177	- 203	- 17,2%
Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile	- 6	- 90	83	- 92,8%
Konzern-Jahresüberschuss	968	1.087	- 120	- 11,0%

¹ Inkl. Abschreibung auf Firmenwerte

Kreditrisikovorsorgen

Die wirtschaftliche Erholung in den meisten Märkten der RBI führte im Berichtsjahr zu einer Verbesserung der Bonität der Kreditnehmer und dadurch zu einer geringeren Zunahme der notleidenden Kredite. Deshalb fielen 2011 niedrigere Nettdotierungen zu Kreditrisikovorsorgen (Saldo aus Zuführungen und Auflösungen von Vorsorgen für das Kreditgeschäft sowie Direktabschreibungen und Erträgen in Form von Eingängen auf abgeschriebene Forderungen) an. Zusätzlich hatte die RBI bereits während der Finanz- und Wirtschaftskrise aktiv Maßnahmen zur Stabilisierung und Qualitätsverbesserung ihres Kreditportfolios eingeleitet, so etwa durch die gezielte Restrukturierung von Krediten. Insgesamt sanken die Nettdotierungen zu Kreditrisikovorsorgen 2011 um 11 Prozent oder € 131 Millionen auf € 1.064 Millionen. In diesem Posten waren auch Erlöse aus dem Verkauf von wertberichtigten Krediten in Höhe von € 8 Millionen enthalten. Während aufgrund des verbesserten Konjunkturmfelds in den meisten Märkten ein deutlicher Rückgang der Nettdotierungen zu Kreditrisikovorsorgen zu verzeichnen war, stieg der Vorsorgebedarf in Ungarn um 144 Prozent auf € 478 Millionen. Deutliche Verbesserungen ergaben sich in den Segmenten Russland (minus € 119 Millionen), GUS Sonstige (minus € 86 Millionen) und Südosteuropa (minus € 77 Millionen). Der Rückgang der Kreditrisikovorsorgen war dabei v. a. eine Folge des verbesserten Umfelds für Firmenkunden: Im Geschäftsbereich Corporate Customers sanken die Nettdotierungen um 17 Prozent auf € 470 Millionen, während sie bei Retail-Kunden insbesondere infolge der Rahmenbedingungen in Ungarn mit € 600 Millionen fast exakt auf Vorjahresniveau blieben.

Für die deutliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr in Ungarn waren das Marktumfeld sowie die geänderte rechtliche Situation bei Fremdwährungskrediten für Retail-Kunden verantwortlich, infolge derer hohe Kreditrisikovorsorgen gebildet werden mussten. Insgesamt stieg die Nettdotierung dadurch um € 282 Millionen auf € 478 Millionen. Darin sind € 109 Millionen an Vorsorgen für den so genannten „Home Protection Plan“ enthalten, der in Form eines vom ungarischen Parlament beschlossenen Gesetzes die Möglichkeit der vorzeitigen Rückführung von Fremdwährungskrediten zu begünstigten Wechselkursen (zulasten der Banken) eröffnet. Der Wert der dafür gebildeten Vorsorgen entspricht einer erwarteten Rückzahlungsquote von rund 29 Prozent der in Frage kommenden Fremdwährungskredite.

Die Nettdotierungen zu Einzelwertberichtigungen sanken im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozent oder € 19 Millionen auf € 1.177 Millionen. Dagegen wurden Portfolio-Wertberichtigungen i. H. v. € 105 Millionen aufgelöst. Zu dieser Entspannung trugen verbesserte Ausfallraten in Russland und der Slowakei und geringere Ausfallraten bei Firmen- und Privatkunden in der Ukraine bei.

Die Neubildungsquote – das Verhältnis der Nettdotierungen zu Kreditrisikovorsorgen zu den durchschnittlichen Kreditrisikoaktiv – betrug 1,38 Prozent und hat sich damit um 28 Basispunkte verbessert. Die Ausfallquote, also das Verhältnis ausgebuchter Kredite zum gesamten Kreditvolumen, belief sich auf 0,38 Prozent (2010: 0,41 Prozent).

Der Stand der notleidenden Kredite stieg unter Berücksichtigung der Währungseffekte um € 266 Millionen auf € 7.056 Millionen. Die größten Zuwächse verzeichneten hier Ungarn und Bulgarien. Die NPL Ratio, das Verhältnis der notleidenden Kredite zu den gesamten Forderungen an Kunden, verbesserte sich um 0,3 Prozentpunkte auf 8,6 Prozent. Den notleidenden Krediten standen Wertberichtigungen in Höhe von € 4.826 Millionen gegenüber. Dies ergibt eine Deckungsquote von 68,4 Prozent, die sich damit gegenüber dem Jahresende 2010 um 2,1 Prozentpunkte verbesserte.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und designierten Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus Derivaten und designierten Verbindlichkeiten verbesserte sich um € 497 Millionen auf € 413 Millionen. Es setzte sich aus den Ergebnissen aus dem Hedge Accounting (Zuwachs von € 4 Millionen), Kreditderivaten (Zuwachs von € 29 Millionen), sonstigen Derivaten (Zuwachs von € 258 Millionen) und erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten (Zuwachs von € 206 Millionen) zusammen.

Das Ergebnis aus sonstigen Derivaten, das großteils aus fixen Zinsswaps der Konzernzentrale bestand, verbesserte sich um € 258 Millionen auf € 194 Millionen. Das seit dem ersten Quartal 2011 anhaltende Absinken der langfristigen Euro-Zinskurve wirkte sich positiv auf das Bewertungsergebnis der genannten Produkte aus.

Auch die seit 2007 erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten (Fair Value Option) trugen zum Anstieg des Ergebnisses aus derivativen Finanzinstrumenten bei. Dieses aus Emissionen der RBI zusammengesetzte

Portfolio brachte im Berichtsjahr aufgrund der gestiegenen Credit Spreads Bewertungsgewinne in Höhe von € 249 Millionen. Zusammen mit der Zinskomponente ergab sich ein Plus von € 184 Millionen, nach minus € 22 Millionen im Vorjahr.

Diese Bewertungsgewinne haben keine Auswirkungen auf die regulatorischen Eigenmittel und sind damit auch nicht relevant für die Berechnung der zu erfüllenden regulatorischen Eigenmittelquoten (EBA).

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Die internationalen Kapitalmärkte waren im Berichtsjahr stark von der europäischen Schuldenkrise geprägt. Dies führte zu einer entsprechend volatilen Entwicklung der Marktwerte von Wertpapieren. Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen sank vor diesem Hintergrund um € 278 Millionen auf minus € 141 Millionen.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapieren, das sich aus Bewertungs- und Veräußerungsergebnissen zusammensetzt, reduzierte sich im Berichtsjahr von € 120 Millionen auf minus € 135 Millionen. Dazu trugen Aktienbewertungsverluste in Österreich, Wertrückgänge bei Kommunalanleihen in Ungarn und von festverzinslichen Wertpapieren in der Ukraine bei.

Das Ergebnis aus Unternehmensanteilen sank im Vergleich zur Vorjahresperiode um € 109 Millionen. Der Grund dafür lag großteils in der Umwandlung eines in Österreich gebuchten bulgarischen Kredits in eine Beteiligung, die dann abgeschrieben wurde. Aufgrund der gleichzeitigen Auflösung der entsprechenden Kreditrisikovorsorge wirkte sich dies jedoch nicht auf den Jahresüberschuss aus.

Aufgrund eines Veräußerungsgewinns bei Staatsanleihen in Höhe von € 94 Millionen entwickelte sich das Ergebnis aus bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapieren positiv. Dieser Verkauf stand im Zusammenhang mit der von der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) geforderten erhöhten regulatorischen Eigenmittelausstattung.

Firmenwertabschreibungen

Das übrige Ergebnis wurde stark durch Firmenwertabschreibungen in Höhe von € 187 Millionen in der Ukraine, Ungarn und Slowenien beeinflusst: Aus den veränderten makroökonomischen Prognosen für die Ukraine und der Erhöhung des für die Bewertung relevanten Diskontsatzes resultierte eine teilweise Firmenwertabschreibung der Raiffeisen Bank Aval um € 183 Millionen. Damit verbleibt für die Bank in der Bilanz ein Firmenwert von € 29 Millionen. Die geringen bilanziellen Firmenwerte für die Banken in Ungarn (€ 3 Millionen) und Slowenien (unter € 1 Million) wurden zur Gänze abgeschrieben. Der Gesamtbestand aller Firmenwerte lag zum Jahresende bei € 408 Millionen.

Ergebnis aus Endkonsolidierungen

Im Berichtsjahr betrug das Ergebnis aus Endkonsolidierungen minus € 3 Millionen. Insgesamt schieden fünf Tochterunternehmen aus dem Konsolidierungskreis aus, vier davon aufgrund Unterschreitens der Wesentlichkeitsgrenze. Ein Tochterunternehmen wurde infolge Stilllegung endkonsolidiert. Die Gesellschaften sind überwiegend im Leasing-, Investment- und Finanzdienstleistungsbereich tätig.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand belief sich im Berichtsjahr auf € 399 Millionen nach € 110 Millionen im Jahr 2010.

Diese Erhöhung liegt v. a. im latenten Steueraufwand begründet, der im Geschäftsjahr 2011 € 59 Millionen betrug. Im Vorjahr war noch ein latenter Steuerertrag von € 247 Millionen verbucht worden. Hauptverantwortlich für diese Veränderung waren die Bewertungsergebnisse aus Derivaten und zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten in Österreich. Darüber hinaus konnten die Verluste in Ungarn steuerlich nicht vollständig durch Aktivierung entsprechender Verlustvorträge geltend gemacht werden. Im Jahr 2010 war es hingegen zu steuerentlastenden Effekten gekommen, insbesondere durch latente Steuererträge aus der Aktivierung von steuerlichen Verlustvorträgen in Österreich (€ 120 Millionen) sowie eine geänderte Steuergesetzgebung in der Ukraine (€ 26 Millionen).

Der laufende Steueraufwand sank aufgrund geringerer Steueraufwendungen in Österreich im Berichtsjahr auf € 341 Millionen (2010: € 357 Millionen).

In Summe stieg die rechnerische Steuerquote von 8,6 Prozent auf 29,1 Prozent. Ohne die Sondereffekte läge die rechnerische Steuerquote bei rund 20 Prozent.

Das Ergebnis im Quartalsvergleich

Betriebsergebnis

in € Millionen	Q4/2011	Q3/2011	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	943	943	1	0,1%
Provisionsüberschuss	365	388	- 22	- 5,7%
Handelsergebnis	70	37	34	91,1%
Sonstiges betriebliches Ergebnis ¹	- 3	- 15	13	- 81,1%
Betriebserträge	1.376	1.352	25	1,8%
Personalaufwand	- 399	- 385	- 14	3,7%
Sachaufwand	- 325	- 298	- 27	9,2%
Abschreibungen	- 110	- 90	- 20	22,1%
Verwaltungsaufwendungen	- 834	- 772	- 61	7,9%
Betriebsergebnis	542	579	- 37	- 6,3%

¹ Exkl. Abschreibungen auf Firmenwerte

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss blieb im vierten Quartal 2011 mit € 943 Millionen im Quartalsvergleich nahezu unverändert. Die Zinsspanne (gerechnet auf die durchschnittliche Bilanzsumme) sank jedoch um 8 Basispunkte auf 2,56 Prozent. Die durchschnittliche Bilanzsumme erhöhte sich um 3 Prozent.

Nach Segmenten betrachtet verzeichnete Zentraleuropa mit einer Reduktion der Zinsspanne um 25 Basispunkte auf 2,89 Prozent den größten Rückgang. Dafür war hauptsächlich das wirtschaftlich schwierige Umfeld in Ungarn verantwortlich. In Südosteuropa sank die Zinsmarge um 12 Basispunkte auf 4,04 Prozent. Auch in GUS Sonstige fiel die Zinsmarge von 6,79 Prozent auf 5,91 Prozent. Hauptauslöser dafür war die Hochinflation in Belarus, während in Russland der Zinsüberschuss aufgrund der deutlichen Zunahme des Firmenkundenportfolios zunahm.

Im Segment Group Corporates verbesserte sich die Zinsmarge aufgrund der Ausweitung der Geschäftsaktivitäten um 8 Basispunkte auf 2,16 Prozent. Im Segment Group Markets war aufgrund des Verkaufs von Teilen des bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapierbestands ein Rückgang um 7 Basispunkte auf 0,86 Prozent zu verzeichnen.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss sank im vierten Quartal um € 22 Millionen auf € 365 Millionen. Dies resultierte vorwiegend aus den niedrigeren Ergebnissen aus dem Kredit- und Garantiegeschäft und geringeren Erträgen im Wertpapiergeschäft.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis stieg im Quartalsvergleich um 91 Prozent oder € 34 Millionen auf € 70 Millionen. Das Ergebnis aus dem sonstigen Geschäft erhöhte sich dabei aufgrund der erwähnten Änderung des Bewertungsmodells der gegebenen Kapitalgarantien und Wertaufholungen um € 117 Millionen. Gleichzeitig drehte das Ergebnis aus dem aktienbasierten Geschäft von minus € 19 Millionen auf plus € 8 Millionen. Verantwortlich dafür waren Wertaufholungen infolge der günstigeren Entwicklung von EURO STOXX und ATX im vierten Quartal 2011.

Rückläufig entwickelte sich das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft, das von € 29 Millionen im dritten Quartal 2011 auf minus € 55 Millionen fiel. Dazu trug vor allem das infolge der Anwendung des IAS 29 (Rechnungslegung für Hochinflation) rückläufige Ergebnis in Belarus bei. Dem standen Bewertungsgewinne aus einer strategischen Währungsposition positiv gegenüber.

Das Ergebnis aus dem Kreditderivatgeschäft verringerte sich im Quartalsvergleich um € 13 Millionen.

Das Ergebnis aus dem sonstigen Geschäft beruht ausschließlich auf gegebenen Kapitalgarantien der Konzernzentrale. Hier wurde die Bewertungsmethodik an die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst. Aus dieser Umstellung ergab sich ein Ergebnis von € 81 Millionen.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis ohne Berücksichtigung der Firmenwertabschreibungen betrug im vierten Quartal minus € 3 Millionen, im dritten Quartal hatte es bei minus € 15 Millionen gelegen. Einen positiven Effekt leisteten im vierten Quartal die sonstigen Steuern durch die Reduktion der Bankenabgabe in Ungarn. Im Zusammenhang mit dem „Home Protection Plan“ konnten Verluste aus der Tilgung von überfälligen Krediten mit der Bankenabgabe aufgerechnet werden. Die Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen waren im vierten Quartal mit € 11 Millionen höher als in den Vorquartalen. Das Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten leistete im vierten Quartal durch geringere Leistungsverrechnungen keinen Beitrag zum sonstigen betrieblichen Ergebnis, während im dritten Quartal noch ein Ertrag von € 8 Millionen erzielt worden war.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen lagen im vierten Quartal mit € 834 Millionen um € 61 Millionen über dem Wert des Vorquartals. Der Personalaufwand stieg aufgrund der im vierten Quartal verbuchten Aufwendungen für zukünftige Bonuszahlungen um € 14 Millionen. Durch den Anstieg der Rechts- und Beratungsaufwendungen, des Sicherheitsaufwands und des Werbe- und Repräsentationsaufwands im vierten Quartal erhöhte sich auch der Sachaufwand um € 27 Millionen auf € 325 Millionen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte betrugen im vierten Quartal € 110 Millionen und lagen damit um € 20 Millionen über dem Wert im Vergleichsquartal. Hauptverantwortlich dafür war eine Abschreibung in Höhe von € 11 Millionen für ein Gebäude in Russland.

Konzern-Periodenüberschuss

in € Millionen	Q4/2011	Q3/2011	Veränderung absolut	Veränderung in %
Betriebsergebnis	542	579	- 37	- 6,3%
Nettodorierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 282	- 377	95	- 25,1%
Übrige Ergebnisse ¹	81	- 49	130	-
Periodenüberschuss vor Steuern	342	153	188	122,9%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 127	- 71	- 56	79,3%
Periodenüberschuss nach Steuern	214	82	132	160,1%
Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile	8	48	- 40	- 83,5%
Konzern-Periodenüberschuss	222	130	92	70,4%

¹ Inkl. Abschreibung auf Firmenwerte

Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodorierungen zu Kreditrisikovorsorgen fielen im Quartalsvergleich um 25 Prozent auf € 282 Millionen. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf bereits im dritten Quartal erfolgte Dotierungen zu Vorsorgen für Ungarn zurückzuführen. Im Zusammenhang mit dem „Home Protection Plan“, in dem der ungarische Staat privaten Kreditnehmern eine vorzeitige Rückzahlung von Fremdwährungskrediten zu bevorzugten Konditionen zugesteht, wurden im vierten Quartal weitere € 56 Millionen an Kreditrisikovorsorgen gebucht. Dadurch ergab sich für die RBI bei einer Rückzahlungsquote von 29 Prozent ein Verlust von € 108 Millionen im Gesamtjahr. Im Segment Group Corporates waren aufgrund einzelner größerer Fälle bei großen Firmenkunden im Ausland um € 64 Millionen höhere Kreditrisikovorsorgen notwendig.

Die Segmente Südosteuropa und GUS Sonstige wiesen im vierten Quartal geringfügig niedrigere Vorsorgen auf. In Russland waren netto Auflösungen von Kreditrisikovorsorgen von € 63 Millionen zu verbuchen. Die Gründe dafür waren vorzeitige Rückzahlungen und Verkäufe von notleidenden Krediten, höhere gewährte Sicherheiten und eine Auflösung von Portfolio-Wertberichtigungen aufgrund niedrigerer Ausfallquoten.

Die notleidenden Kredite (NPL) blieben in den ersten drei Quartalen 2011 beinahe unverändert, ein leichter organischer Anstieg wurde durch Währungseffekte kompensiert. Im vierten Quartal war jedoch ein währungsbereinigter Anstieg der notleidenden Kredite um € 234 Millionen zu verzeichnen. Dieser war fast ausschließlich auf Ungarn mit einem Anstieg von € 97 Millionen und Bulgarien mit einem Plus von € 145 Millionen zurückzuführen. Die betroffenen Kredite sind jedoch überwiegend gut besichert. In Österreich und Russland gingen die notleidenden Kredite deutlich zurück.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und designierten Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten stieg im vierten Quartal 2011 um € 154 Millionen auf € 264 Millionen. Hauptverantwortlich dafür zeichnete das Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten mit einem Plus von € 135 Millionen. In dieser Position wurden die Ergebnisse von Emissionen der RBI dargestellt, die im vierten Quartal aufgrund der gestiegenen Spreads Bewertungsgewinne erzielt haben.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen stieg im Quartalsabstand um € 162 Millionen auf € 5 Millionen. Hier verbesserte sich das Ergebnis aus bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapieren aufgrund eines Veräußerungsgewinns von Staatsanleihen in Höhe von € 94 Millionen. Dieser Verkauf stand im Zusammenhang mit der von der EBA geforderten erhöhten regulatorischen Eigenmittelausstattung. Das Bewertungsergebnis aus Wertpapieren entwickelte sich im vierten Quartal stabil, nachdem im dritten Quartal aufgrund der Turbulenzen auf dem Finanzmarkt deutliche Bewertungsverluste eingetreten waren.

Firmenwertabschreibungen

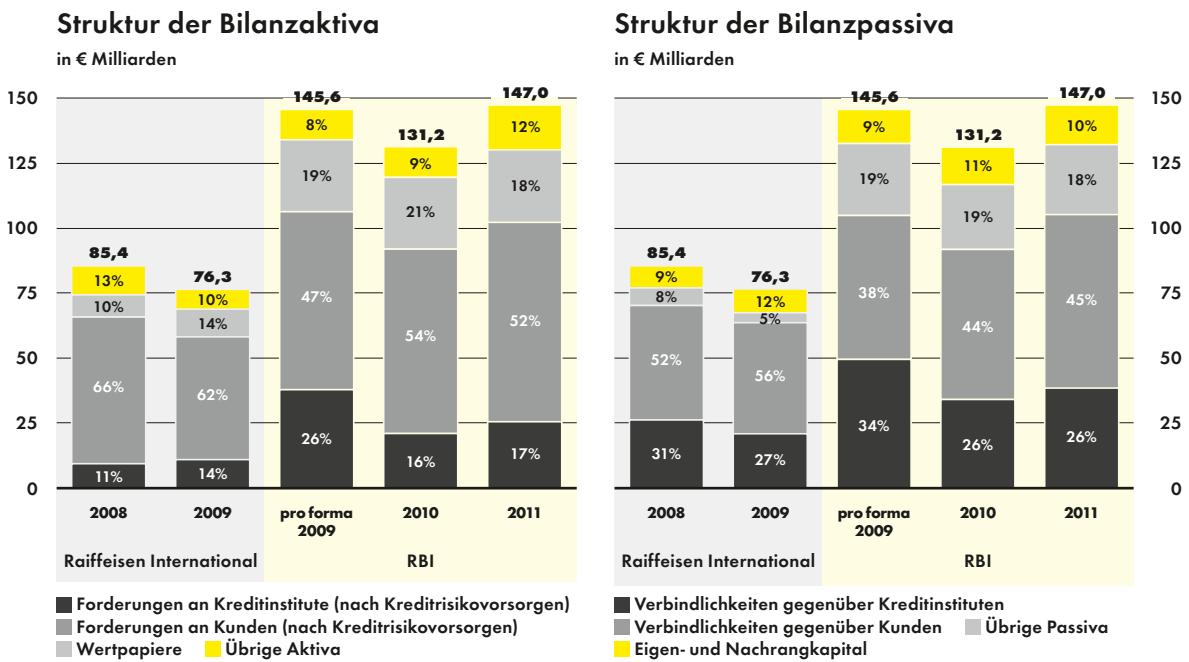
Das übrige Ergebnis wurde im vierten Quartal 2011 durch Firmenwertabschreibungen in Höhe von € 183 Millionen in der Ukraine negativ beeinflusst.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die RBI verzeichnete im vierten Quartal einen Steueraufwand von € 127 Millionen (Q3/2011: € 71 Millionen). Der Aufwand bei den laufenden Steuern erhöhte sich dabei um € 19 Millionen, vorwiegend verursacht durch das höhere Ergebnis vor Steuern in Russland. Im vierten Quartal betrug der latente Steueraufwand infolge der Bewertungsergebnisse von Derivaten und der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Emissionen in Österreich € 32 Millionen (Q3/2011: Ertrag von € 5 Millionen). Weiters konnten die Verluste in Ungarn steuerlich nicht vollständig durch Aktivierung entsprechender Verlustvorträge geltend gemacht werden.

Bilanz

Die Bilanzsumme der RBI betrug zum 31. Dezember 2011 € 1470 Milliarden und lag damit um € 15,8 Milliarden oder 12 Prozent über dem Vorjahreswert.



Aktiva

Die Forderungen an Kunden (nach Abzug der Kreditrisikovorsorgen) dominierten mit einem Anteil von 52 Prozent nach wie vor die Aktivseite der Bilanz. Die Position Wertpapiere und Beteiligungen (inkl. Handelsbestand) nahm 18 Prozent ein, die Forderungen an Kreditinstitute 17 Prozent und die sonstigen Aktivposten 12 Prozent.

Die Forderungen an Kunden (vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen) stiegen 2011 um 8 Prozent oder € 5,9 Milliarden auf € 81,6 Milliarden. Von den gesamten Kundenforderungen entfielen auf das Kreditgeschäft € 53,9 Milliarden oder 66 Prozent und auf Hypothekarkredite € 17,9 Milliarden oder 22 Prozent. € 58,9 Milliarden der Kredite waren an Firmenkunden vergeben, davon € 55,2 Milliarden an große Firmenkunden. Das Firmenkundengeschäft verzeichnete mit plus 11 Prozent oder € 5,9 Milliarden den größten Kreditzuwachs, vor allem in der Konzernzentrale, Asien und Russland. An Retail-Kunden waren zu Jahresende € 21,3 Milliarden an Krediten vergeben, davon € 19,0 Milliarden an Privatpersonen. Die Loan/Deposit Ratio (das Verhältnis der Kundenkredite zu den Kundeneinlagen) verbesserte sich zum Jahresultimo 2011 auf 122 Prozent (2010: 131 Prozent).

Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen um 20 Prozent oder € 4,2 Milliarden auf € 25,7 Milliarden. Aufgrund der marktbedingten Liquiditätsanforderungen wurden die kurzfristigen Transaktionen im Interbankenbereich ausgeweitet.

Die Kreditrisikovorsorgen betrugen zum Jahresultimo € 5,1 Milliarden. Davon entfielen auf Vorsorgen für Kundenforderungen € 4,8 Milliarden und auf solche für Forderungen an Kreditinstitute € 0,2 Milliarden. € 3,0 Milliarden der Vorsorgen im Kundenbereich betrafen Firmenkunden, € 1,8 Milliarden wurden für Retail-Kunden gebucht. Der höchste Stand an Kreditrisikovorsorgen entfiel mit € 1,6 Milliarden auf Zentraleuropa. Die Segmente GUS Sonstige und Südosteuropa wiesen jeweils € 1,0 Milliarden aus, Group Corporates € 0,7 Milliarden, Russland € 0,6 Milliarden und Group Markets € 0,2 Milliarden.

Die Wertpapiere und Beteiligungen (inkl. Handelsaktiva) gingen gegenüber dem Jahresende 2010 um 2 Prozent oder € 0,5 Milliarden auf € 27,2 Milliarden zurück. Während die Handelsaktiva aufgrund der Bewertungen des Derivatbestands um € 2,5 Milliarden zunahmen, entwickelten sich die Wertpapiere und Beteiligungen rückläufig (minus € 3,1 Milliarden). Der Rückgang bei den Wertpapieren und Beteiligungen basierte insbesondere auf dem Verkauf von bis zur Endfälligkeit zu haltenden finanziellen Vermögenswerten zur Erfüllung der erhöhten regulatorischen Eigenmittelerfordernisse der EBA sowie auf Marktentwicklungen.

Die übrigen Aktiva stiegen um 59 Prozent auf € 17,6 Milliarden (2010: € 11,0 Milliarden), praktisch zur Gänze aufgrund der Zunahme der Barreserve (plus € 6,6 Milliarden). Die übrigen Aktiva setzten sich aus der Barreserve (€ 11,4 Milliarden), den Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten (€ 2,6 Milliarden), den Derivaten (€ 1,4 Milliarden) sowie den sonstigen Aktiva (€ 2,2 Milliarden) zusammen.

Passiva

Die Struktur der Passivseite der Bilanz war mit einem Anteil von 45 Prozent von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden geprägt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen unverändert einen Anteil von 26 Prozent ein. Eigen- und Nachrangkapital stellten 10 Prozent der Passivseite, die übrigen Passiva summierten sich auf 18 Prozent.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen im Jahresvergleich um 16 Prozent oder € 9,1 Milliarden auf € 66,7 Milliarden. Von den gesamten Kundeneinlagen entfielen € 35,6 Milliarden auf Firmenkunden, die für einen Einlagenzuwachs von € 6,2 Milliarden verantwortlich waren. Davon stammten rund € 3,7 Milliarden aus Repo-Transaktionen. Bei den Retail-Kunden erhöhte sich der Bestand um € 3,4 Milliarden auf € 29,1 Milliarden. Erreicht wurde dies vorwiegend durch einen Anstieg der Einlagen in der Tschechischen Republik, Russland und Polen. Die Direktbank ZUNO steuerte € 0,7 Milliarden bei.

Das Refinanzierungsvolumen über Kreditinstitute betrug € 38,0 Milliarden und lag damit um 13 Prozent oder € 4,3 Milliarden über dem Vorjahreswert. Dieser Zuwachs resultierte großteils aus Einlagen von Geschäftsbanken.

Die übrigen Passiva stiegen um 7 Prozent oder € 1,7 Milliarden auf € 27,2 Milliarden. Den größten Zuwachs verzeichneten die Handelspassiva mit einem Plus von 69 Prozent oder € 4,0 Milliarden auf € 9,7 Milliarden, verursacht in erster Linie durch Swap-Bewertungen in Österreich. Die verbrieften Verbindlichkeiten sanken um 13 Prozent oder € 2,2 Milliarden auf € 14,4 Milliarden. Aufgrund des Marktumfelds war es nicht mehr möglich, unbesicherte Emissionen zu begeben, sodass die RBI verstärkt zu Privatplatzierungen überging. In Summe ergab sich durch das Abreifen einer von insgesamt drei staatsgarantierten Anleihen der RBI ein Rückgang von € 1,5 Milliarden.

Eigenkapital

Bilanzielles Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital der RBI, das sich aus dem Konzern-Eigenkapital, dem Konzern-Jahresüberschuss und dem Kapital der nicht beherrschenden Anteile zusammensetzt, stieg gegenüber dem Jahressultimo 2010 um 5 Prozent oder € 532 Millionen auf € 10.936 Millionen.

Das Konzern-Eigenkapital, bestehend aus gezeichnetem Kapital, Partizipationskapital, Kapitalrücklagen und Gewinnrücklagen, stieg dabei um € 574 Millionen auf € 8.825 Millionen. Der in den Gewinnrücklagen eingetretene Zuwachs beruhte im Wesentlichen auf der Thesaurierung von Gewinn aus dem Geschäftsjahr 2010 im Ausmaß von € 683 Millionen. Demgegenüber bewirkte das sonstige Ergebnis eine Verminderung um € 127 Millionen, deren wesentliche Komponente mit minus € 271 Millionen (inkl. Capital Hedge) die Währungsdifferenzen waren. Das Bewertungsergebnis von zur Veräußerung

verfügbarer finanziellen Vermögenswerten betrug € 113 Millionen nach Berücksichtigung der latenten Steuern. Die Effekte aus der Anwendung der Rechnungslegung für Hochinflationsländer in Belarus beliefen sich auf € 83 Millionen. Durch eine Änderung der Hedging-Strategie wurde das Cash-Flow Hedging im zweiten Quartal 2011 beendet und durch Portfolio Hedges ersetzt. Die Bewertungsverluste aus der Beendigung der Cash-Flow Hedges betrugen € 36 Millionen (nach Berücksichtigung der latenten Steuern).

Im Juni 2011 beschloss die Hauptversammlung der RBI AG die Ausschüttung einer Dividende von € 1,05 pro Aktie für das Geschäftsjahr 2010. Daraus ergab sich eine Auszahlung von insgesamt € 204 Millionen. Weiters wurde auf das Partizipationskapital eine Dividende in Höhe von € 200 Millionen ausgezahlt. Der Konzern-Jahresüberschuss betrug € 968 Millionen.

Das Kapital der nicht beherrschenden Anteile stieg um € 77 Millionen auf € 1.143 Millionen, wofür vor allem die Kapitaleinzahlungen von € 169 Millionen vorwiegend für Konzerneinheiten in Ungarn, der Slowakei und der Tschechischen Republik ausschlaggebend waren. Darüber hinaus wurden Dividendenzahlungen für nicht beherrschende Anteile in Höhe von € 58 Millionen geleistet. Der Anteil der nicht beherrschenden Anteile an den Effekten aus der Hochinflation in Belarus betrug € 12 Millionen.

Eigenmittel gemäß BWG

Die RBI bildet keine eigene Kreditinstitutsgruppe im Sinn des BWG und unterliegt daher als Konzern selbst nicht denaufsichtsrechtlichen Bestimmungen für Bankengruppen, da sie Teil der RZB-Kreditinstitutsgruppe ist. Das Kreditrisiko wird überwiegend nach dem Standardansatz gemäß § 22 BWG berechnet, das Kreditrisiko für die Mehrzahl aller Non-Retail-Geschäfte wird dabei in der RBI AG sowie in den Tochtergesellschaften in Kroatien, Malta, Rumänien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn und den USA mit dem auf internen Ratings basierenden Ansatz (Basis-IRB-Ansatz) berechnet. Ein Großteil der Forderungen an Privatkunden in der Slowakei und in Ungarn wird nach diesem Ansatz berechnet. Das Marktrisiko wird überwiegend nach dem Standardansatz gemäß § 22 BWG berechnet, in der RBI AG erfolgt die Berechnung teilweise nach dem internen Modell. Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen des BWG ermittelt und gehen in die Berechnung der RZB-Kreditinstitutsgruppe ein.

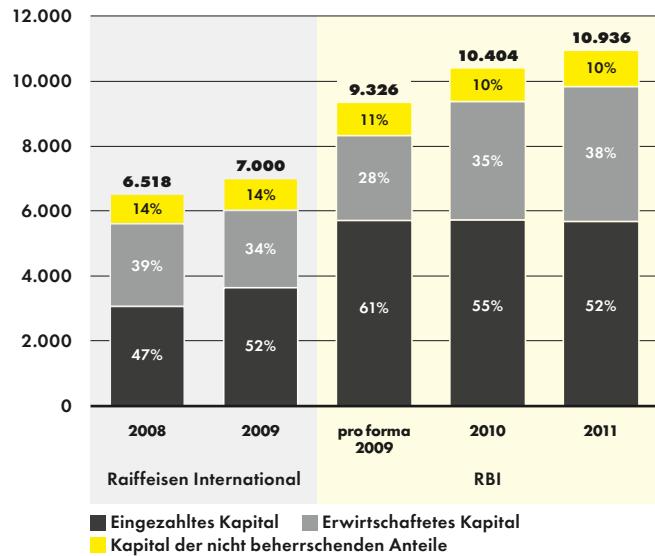
Die konsolidierten Eigenmittel gemäß BWG betrugen per 31. Dezember 2011 € 12.858 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg von 2 Prozent oder € 250 Millionen.

Dabei stieg das Kernkapital um 3 Prozent oder € 228 Millionen auf € 9.434 Millionen. Der Zuwachs ergab sich in erster Linie aus den Gewinnen des Geschäftsjahrs. Davon wurden bereits die voraussichtlich auszubezahlenden Dividenden für das Geschäftsjahr 2011 abgezogen. Die Abwertungen vor allem des belarussischen Rubels, des ungarischen Forint und des polnischen Zloty gegenüber dem Euro wirkten sich negativ auf die Höhe der Eigenmittel aus.

Nahezu unverändert zum Vorjahr lagen die ergänzenden Eigenmittel bei € 3.368 Millionen. Sie bestehen aus dem langfristigen nachrangigen Kapital, von dem mit € 2.259 Millionen der größte Teil auf die RBI AG entfiel, dem Ergänzungskapital der RBI AG von € 599 Millionen und dem berücksichtigungsfähigen Risikovorsorgeüberschuss für IRB-Positionen von € 234 Millionen. Die in der Berichtsperiode erfolgswirksam aufgelösten stillen Reserven aus der Bewertungsreserve gemäß § 57 BWG erhöhten das Kernkapital um € 55 Millionen.

Zusammensetzung des Konzernen eigenkapitals

in € Millionen



Das kurzfristige nachrangige Kapital nahm wegen abrefender Tier-2-Emissionen um € 31 Millionen auf € 100 Millionen zu. Die Abzugsposten betreffend Beteiligungen, Verbriefungen und Versicherungen ergaben insgesamt € 44 Millionen (2010: € 34 Millionen).

Den Eigenmitteln stand ein um € 39 Millionen leicht erhöhtes Eigenmittelerfordernis von € 7.624 Millionen gegenüber. Das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko betrug dabei € 6.172 Millionen (Zuwachs um € 124 Millionen), wovon € 3.056 Millionen den Standardansatz und € 3.116 Millionen den IRB-Ansatz betrafen. Das Erfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten und Waren erhöhte sich um € 193 Millionen auf € 520 Millionen, was in erster Linie auf die Einführung der CRD III-Regelungen zurückging. Das Eigenmittelerfordernis für die offenen Devisenpositionen fiel trotz Erhöhungen wegen CRD III aufgrund einer Änderung der Berechnungsmethode um € 245 Millionen auf € 140 Millionen. Das Erfordernis für das operationelle Risiko betrug € 792 Millionen (2010: € 824 Millionen).

Daraus resultierte eine um 2,4 Prozentpunkte verbesserte Überdeckung von 68,6 Prozent oder € 5.234 Millionen.

Die Kernkapitalquote – bezogen auf das Kreditrisiko – betrug 12,2 Prozent. Bezogen auf das gesamte Risiko ergab sich eine Core Tier 1 Ratio von 9,0 Prozent und eine Kernkapitalquote von 9,9 Prozent. Die Eigenmittelquote erreichte 13,5 Prozent.

Maßnahmen zur Erreichung der EBA-Vorgaben

Zur Stärkung des Finanzsystems müssen europäische Banken bis 30. Juni 2012 eine harte Kernkapitalquote (Core Tier 1 nach Definition der EBA) von 9 Prozent erreichen.

Für die RZB-Gruppe resultierte daraus ein zusätzlicher Bedarf von ca. € 2,1 Milliarden gemäß den im Dezember 2011 veröffentlichten Berechnungen der EBA. Die RBI war selbst nicht Gegenstand der EBA-Analyse, da die RZB als übergeordnetes Kreditinstitut fungiert. Die RZB Gruppe ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um die neuen Anforderungen zu erfüllen, ohne dabei auf staatliche Hilfe zurückzugreifen.

Dazu setzte die RZB unter Einbindung der RBI rund 20 Arbeitsstränge – unterteilt in 3 Hauptbereiche – auf, die mit rund € 3 Milliarden zur Erreichung der Zielquote beitragen werden.

Dazu zählen unter anderem:

- Reduktion des Kapitalerfordernisses mittels „capital clean up“ und einer Reduktion speziell des Nicht-Kerngeschäfts mit Fokus auf Marktrisikopositionen
- Gewinnung regulatorischen Kapitals durch Umwandlung von anderen Eigenmitteln in hartes Kernkapital gemäß der EBA-Definition für 30. Juni 2012
- Hebung stiller Reserven und Berücksichtigung bzw. Thesaurierung erwirtschafteter Ergebnisse (pro rata üblicher Ausschüttungen)
- Eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen wie etwa Liability Management

Forschung und Entwicklung

Die RBI ist als Universalbank auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung im engeren Sinn prinzipiell nicht tätig. Im Rahmen des Financial Engineering entwickelt sie jedoch für ihre Kunden maßgeschneiderte Lösungen im Zusammenhang mit Investitionen, Finanzierungen oder der Risikoabsicherung. Das Financial Engineering umfasst – neben strukturierten Investment-Produkten – insbesondere strukturierte Finanzierungen, also Finanzierungskonzepte, die über den Einsatz von Standardinstrumenten hinausgehen, wie sie etwa in der Akquisitions- oder Projektfinanzierung eingesetzt werden. Ebenso entwickelt die RBI für ihre Kunden individuelle Lösungen zur Absicherung der unterschiedlichsten Risiken – vom Zinsrisiko über das Währungsrisiko bis hin zum Rohstoffpreisrisiko.

Internes Kontroll- und Risikomanagement-System im Hinblick auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für die RBI und ihre Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems im Hinblick auf den gesamten Rechnungslegungsprozess. Ziel dieses internen Kontrollsysteams ist es, das Management dadurch zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsysteem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Basis für die Erstellung des Konzernabschlusses sind die einschlägigen österreichischen Gesetze, allen voran das österreichische Bankwesengesetz (BWG) und das österreichische Unternehmensgesetzbuch (UGB), in denen die Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses geregelt wird. Die Rechnungslegungsnorm für den Konzernabschluss bilden die International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie von der EU übernommen wurden, die die RBI seit dem Jahr 2000 – zunächst auf freiwilliger Basis – anwendet.

Kontrollumfeld

Für die RBI und den übergeordneten RZB-Konzern besteht bereits seit Jahren ein internes Kontrollsysteem mit einem Anweisungswesen in Form von Directives und Instructions für strategisch wichtige Themenbereiche als zentralem Element. Dies umfasst

- die Kompetenzordnung für die Genehmigung von Konzern- und Unternehmensdirektiven sowie Abteilungs- und Bereichsanweisungen,
- Prozessbeschreibungen für die Erstellung, Qualitätsüberprüfung, Genehmigung, Veröffentlichung, Implementierung und Überwachung von Direktiven und Anweisungen sowie
- Regelungen für die Überarbeitung bzw. die Außerkraftsetzung von Direktiven und Anweisungen.

Für die Implementierung der Konzernanweisungen ist das Management der jeweiligen Konzerneinheiten verantwortlich. Die Überwachung der Einhaltung dieser Konzernregelungen erfolgt im Rahmen von Revisionsprüfungen durch die Konzern- und die lokale Revision.

Erstellt wird der Konzernabschluss in der Abteilung Group Financial Reporting, die im Bereich des Finanzvorstands angesiedelt ist. Die zugehörigen Verantwortlichkeiten sind im Rahmen einer eigenen Konzernfunktion konzernweit definiert.

Risikobeurteilung

Wesentliche Risiken in Bezug auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess werden durch den Vorstand evaluiert und überwacht. Komplexe Bilanzierungsgrundsätze können zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen, dasselbe gilt für uneinheitliche Grundsätze für die Bewertung, insbesondere für die im Konzern essenziellen Finanzinstrumente. Darüber hinaus birgt auch ein schwieriges Geschäftsumfeld das Risiko wesentlicher Fehler in der Berichterstattung. Für verschiedene Aktiv- und Passivposten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelbar ist, müssen im Rahmen der Erstellung eines Konzernabschlusses Schätzungen vorgenommen werden. Dies gilt speziell für das Kreditgeschäft, das Sozialkapital sowie die Werthaltigkeit von Wertpapieren, Beteiligungen und Firmenwerten.

Kontrollmaßnahmen

Die Erstellung der Einzelabschlüsse erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten nach den Vorgaben des RZB-Konzerns. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich. Durch abweichende Berichtsstichtage und unterschiedliche lokale Rechnungslegungsstandards können die lokalen Einzelabschlüsse von den an die RBI gelieferten Werten abweichen. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen lokalen Geschäftsführung, dass die vorgeschriebenen internen Kontrollmaßnahmen, z. B. Funktionstrennungen oder das Vier-Augen-Prinzip, umgesetzt werden.

Konzernkonsolidierung

Die Übermittlung der Abschlussdaten, die von einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft werden, erfolgt überwiegend durch Direkteingabe in das Konsolidierungssystem Cognos Controller jeweils bis Ende Jänner. Das System ist in Bezug auf die IT-Sicherheit durch die restriktive Vergabe von Berechtigungen geschützt.

Die von den Konzerneinheiten eingelangten Abschlussdaten werden in der Abteilung Group Financial Reporting durch den für die Konzerneinheit zuständigen Key Account Manager zunächst auf Plausibilität überprüft. Im Konsolidierungssystem Cognos Controller erfolgen dann die weiteren Konsolidierungsschritte. Diese umfassen u. a. die Kapitalkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie die Schuldenkonsolidierung. Abschließend werden allfällige Zwischen Gewinne durch Konzernbuchungen eliminiert. Die Erstellung der nach IFRS und BWG/UGB geforderten Anhangangaben bildet den Abschluss der Konsolidierung.

Zusätzlich zum Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene (Abteilungsleiter). Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewendet, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vermieden bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der Periodenergebnisse durch das Management bis hin zur spezifischen Überleitung von Konten und zur Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen.

Der Konzernabschluss wird samt dem Lagebericht im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats behandelt und darüber hinaus dem Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der firmeneigenen Internetseite sowie im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht und zuletzt zum Firmenbuch eingereicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für den Konzernabschluss sind standardisierte, konzernweit einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards sind dabei im RZB Group Accounts Manual definiert und erläutert und für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich. Die Anweisungen an die Konzerneinheiten betreffend Details zu Bewertungsmaßnahmen im Bereich des Kreditrisikos und ähnlicher Problemstellungen erfolgen im Rahmen von Konzerndirektiven. Änderungen in den Anweisungen und Standards werden den betroffenen Einheiten in regelmäßigen Schulungen kommuniziert.

In der Hauptabteilung Accounting & Reporting erfolgt die Zusammenstellung der konsolidierten Ergebnisse zu einem vollständigen Konzernabschluss. Dieser Konzernabschluss wird vom externen Konzern-Abschlussprüfer geprüft. Zusätzlich wird ein Management Summary (Konzern-Lagebericht) erstellt, in dem eine verbale Erläuterung der Konzernergebnisse gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfolgt.

Unterjährig erfolgt die Berichterstattung auf konsolidierter Basis quartalsweise. Die öffentlichen Zwischenberichte – sie entsprechen den Bestimmungen des IAS 34 – werden gemäß Börsegesetz ebenfalls quartalsweise erstellt. Zu veröffentlichte Konzernabschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern und dem Finanzvorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats einer abschließenden Würdigung unterzogen. Für das Management werden darüber hinaus Analysen zum Konzernabschluss zusammengestellt, ebenso erfolgen periodisch Vorschaurechnungen für den Konzern. Der Budgetierungsprozess schließt auch die Erstellung von Konzernbudgets auf Dreijahresbasis ein.

Überwachung

Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand sowie dem Controlling. Darüber hinaus sind die jeweiligen Abteilungsleiter für die Überwachung der entsprechenden Bereiche zuständig; so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Zusätzlich ist die interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird dabei vom Bereich Audit (Group Audit) der RZB wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit gültigen revisionsspezifischen Regelwerke (Audit Group Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen „Best Practices“ basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Audit (insbesondere auch die Audit Charter).

Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RZB. Der Leiter des Bereichs Audit berichtet direkt an die Vorstände der RZB und der RBI.

Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte

Die folgenden Angaben decken die Bestimmungen des § 243a (1) UGB ab:

- (1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt € 596.290.628,20 und ist in 195.505.124 auf Inhaber lautende stimmberechtigte Stammaktien aufgeteilt. Davon sind zum Stichtag 31. Dezember 2011 943.771 Stück eigene Aktien, sodass sich zum Bilanzstichtag 194.561.353 Aktien im Umlauf befanden. Für detaillierte Angaben wird auf die Erläuterungen (34) im Anhang verwiesen.
- (2) Die Satzung enthält keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen. Dem Vorstand sind keine Beschränkungen aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern bekannt.
- (3) Die RZB hält über ihre 100-Prozent-Tochter Raiffeisen International Beteiligungs GmbH, Wien, indirekt rund 78,5 Prozent der Aktien an der Gesellschaft. Die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz. Darunter bestehen keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital, die zumindest 10 Prozent betragen.
- (4) Laut Satzung der Gesellschaft wird der RZB das Recht auf Entsendung von bis zu einem Drittel der von der Hauptversammlung zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats eingeräumt, solange sie eine Beteiligung am Grundkapital hält. Darüber hinaus bestehen keine besonderen Kontrollrechte von Aktieninhabern.

- (5) Es besteht keine Stimmrechtskontrolle bei einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.
- (6) Laut Satzung können Personen, die das 68. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Vorstands bestellt oder für eine weitere Funktionsperiode wiederbestellt werden. Für den Aufsichtsrat gilt, dass Personen, die das 75. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt oder für eine weitere Funktionsperiode gewählt werden können. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen hinsichtlich der Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats und über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.
- (7) Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 8. Juni 2011 gemäß § 169 Aktiengesetz (AktG) ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 298.145.314,10 durch Ausgabe von bis zu 97.752.562 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage unter Wahrung des den Aktionären zustehenden gesetzlichen Bezugsrechts, auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 (6) AktG, zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Aufsichtsrat oder ein hierzu vom Aufsichtsrat bevollmächtigter Ausschuss ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich aus der Ausnutzung des genehmigten Kapitals ergeben, zu beschließen.

Das Grundkapital ist gemäß § 159 (2) Z 1 AktG um bis zu € 47.173.587,50 durch Ausgabe von bis zu 15.466.750 Stück auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung würde nur insoweit durchgeführt, als Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 10. Juni 2008 ausgegebenen würden, von dem ihnen gewährten Wandlungrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch machen. Bis dato wurden jedoch keine Wandelschuldverschreibungen ausgegeben.

Die Hauptversammlung vom 8. Juli 2010 ermächtigte den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 8 AktG für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben und gegebenenfalls einzuziehen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, mit ihr verbundene Unternehmen oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen. Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 10. Juni 2008 beschlossene Ermächtigung zum Rückkauf und zur Verwendung eigener Aktien. Seit der Ermächtigung im Juli 2010 wurden keine eigenen Aktien erworben.

Die Hauptversammlung vom 8. Juli 2010 ermächtigte ferner den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 7 AktG, zum Zweck des Wertpapierhandels für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben. Der Gegenwert der zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unterschreiten und das Doppelte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, mit ihr verbundene Unternehmen oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

Der Vorstand der Gesellschaft wurde in der am 9. Juni 2009 abgehaltenen ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Genussrechte mit Eigenkapitalcharakter gemäß § 174 AktG mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2 Milliarden nach näherer Maßgabe der vom Vorstand festzulegenden Genussrechtsbedingungen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre auszugeben. Es ist darauf hinzuweisen, dass Genussrechte aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen keine Stimmrechte oder sonstigen Mitgliedschaftsrechte gewähren. Die Ausgabe von Genussrechten hat daher keine Veränderung der aktienrechtlichen Beteiligungsstruktur und der Stimmrechte der Aktionäre zur Folge. Die Gesellschaft beschloss am 15. Juli 2009, das Eigenkapital durch die Ausgabe von Genussrechten in Höhe von € 600 Millionen aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses vom Juni 2009 zu stärken. Im Zuge der Verschmelzung der Hauptgeschäftsfelder der RZB mit Raiffeisen International zur nunmehrigen RBI mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010 sind die gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten der übernehmenden und der übertragenden Gesellschaft untergegangen. Das betrifft auch das Genussrechtskapital in Höhe von € 600 Millionen, das zur Gänze von der RZB gezeichnet worden war. Bis dato wurden keine weiteren Genussrechte ausgegeben. Im Übrigen wird auf den Anhang, Erläuterung (34) Eigenkapital verwiesen.

Im Zuge der Verschmelzung der Hauptgeschäftsfelder der RZB mit Raiffeisen International am 10. Oktober 2010 wurde die Emission „Raiffeisen-Partizipationskapital 2008/2009“ der RZB in Höhe von € 2,5 Milliarden zu unveränderten Konditionen auf die RBI übertragen.

Der Vorstand der Gesellschaft wurde in der am 8. Juni 2011 abgehaltenen ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft gemäß § 102a BWG ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch das gesamte Partizipationskapital oder das Partizipationskapital einzelner bereits bei der Emission unterschiedener Tranchen mit Zustimmung des Aufsichtsrats unter Berücksichtigung der Emissionsbedingungen einzuziehen; eine teilweise Einziehung von Partizipationskapital einzelner Emissionen oder Tranchen ist zulässig, wenn die Gleichbehandlung der Berechtigten aus Partizipationskapital gewährleistet ist.

(8) Es bestehen folgende bedeutende Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden:

- Im Rahmen der D&O-Versicherung der Gesellschaft ist wie folgt vorgesehen:
„Wird die Versicherungsnehmerin RBI aufgrund eines Wechsels in der Leitung oder Kontrolle für die Leitung oder Kontrolle über ein Tochterunternehmen neu beherrscht oder fusioniert sie mit einem anderen Unternehmen, erstreckt sich die Versicherung nur auf Versicherungsfälle wegen eines vor dem Zeitpunkt des Kontroll- und Leitungswechsels erfolgten Fehlverhaltens und nur auf Versicherungsfälle bis zum Ablauf der Versicherungsperiode.“
- Das Share Incentive Program (SIP) der Gesellschaft sieht bei einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle Folgendes vor:
„Kommt es während der Wartefrist (Vesting Period) zu einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle oder zu einer Fusion, ohne dass der Zusammenschluss ausschließlich Tochtergesellschaften betrifft, so verfallen alle bedingten Aktien zum Zeitpunkt des Erwerbs der Aktien der RBI und der tatsächlichen Verfügungsmöglichkeit des Investors über die Anteile bzw. zum Zeitpunkt der Fusion ersatzlos. Für die verfallenen bedingten Aktien wird eine Entschädigungszahlung vorgenommen. Der ermittelte Entschädigungsbetrag wird mit der nächstmöglichen Gehaltsabrechnung ausbezahlt.“
- Ferner sehen die von der RBI bezüglich einzelner Tochterunternehmen mit den jeweiligen Mitaktionären abgeschlossenen Syndikatsverträge vor, dass diese bei einem Kontrollwechsel automatisch enden.
- Die mit der RZB AG abgeschlossene Markenvereinbarung zur uneingeschränkten Verwendung des Namens und Logos Raiffeisen Bank International für unbestimmte Zeit in allen Jurisdiktionen, in denen die Marke jetzt oder zukünftig registriert ist, sieht ein Kündigungsrecht bei einem Kontrollwechsel vor.

(9) Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Funding

Banken refinanzieren sich grundsätzlich über ihre Eigenmittel, Kundeneinlagen sowie diverse Instrumente des Kapital- und Interbankenmarkts. Im Jahr 2011 war das Bankenumfeld stark von der Staatsschuldenkrise beeinflusst, was die Refinanzierung für Banken – vor allem jene über die Finanzmärkte – erschwerte.

Weiterhin Verunsicherung auf dem Kapitalmarkt

Besonders in der zweiten Jahreshälfte 2011 verschlechterte sich das Finanzierungsumfeld für Banken, da diese sich nicht von der Diskussion um die Finanzierung der Staatshaushalte abkoppeln konnten. Weiters trug die öffentlich geführte Diskussion über die Kapitalausstattung der europäischen Banken und ihre Bestände an Staatsanleihen zur allgemeinen Verunsicherung bei.

Tiefgreifende Lösungen und vor allem eine Intervention der EZB in Form eines noch umfangreicheren Kaufs von Staatsanleihen der europäischen Peripherieländer werden nach wie vor gefordert. Die EZB kündigte vor diesem Hintergrund am 8. Dezember 2011 an, die Banken mit einer besseren Liquiditätsversorgung – konkret durch Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von 36 Monaten – zu unterstützen. Gleichzeitig lockerte die EZB die Anforderungen an Wertpapiere, die im Rahmen von Repo-Geschäften als Sicherheit akzeptiert werden, und hatte bereits davor den Haupt-Refinanzierungssatz auf 1 Prozent reduziert.

Dennoch stellt die übermäßige Abhängigkeit von der Zentralbankfinanzierung auf Dauer keine Lösung dar. Aufgrund der aktuell sehr gedämpften Stimmung und der eher limitierten Fortschritte auf politischer Ebene werden Banken – vor allem solche aus den europäischen Peripherieländern – weiterhin mit höheren Risikoprämien rechnen müssen.

Stabile Refinanzierungsbasis

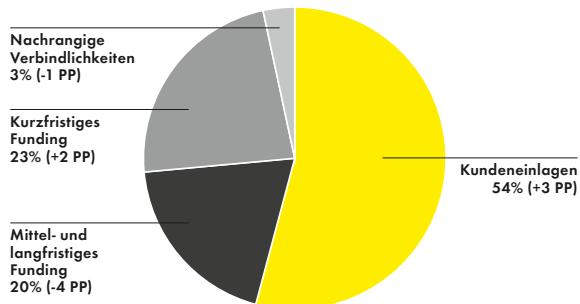
Die Refinanzierung der RBI basiert auf zwei Säulen: Zum einen auf Kundeneinlagen, die Ende 2011 € 66,7 Milliarden oder 54 Prozent der Refinanzierung ausmachten, und zum anderen auf dem Wholesale Funding, das mit € 56,5 Milliarden die verbleibenden 46 Prozent beisteuerte. Der hohe Anteil der Kundeneinlagen schafft eine stabile Refinanzierungsbasis und macht die RBI damit weniger anfällig für Turbulenzen auf den Finanzmärkten.

Diversifizierte Finanzierungsquellen

Rund 64 Prozent des mittel- und langfristigen Wholesale Funding der RBI Gruppe wurden 2011 von der Konzernzentrale generiert. Die restlichen rund 36 Prozent brachten die übrigen Konzerneinheiten auf.

Die Konzernbanken in CEE nutzten auch die internationalen Märkte zur Finanzierung, z. B. durch einen syndizierten Kredit der rumänischen Tochterbank, an dem sich auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) beteiligte, oder durch eine strukturierte Finanzierung in Kroatien. Besonders wichtig für die Tochterbanken in Zentral- und Ost-europa sind die langfristigen Finanzierungen aus Quellen, die weniger stark von Veränderungen auf den internationalen Kapitalmärkten beeinflusst sind. Sie sollen in Zukunft noch weiter an Bedeutung gewinnen. Neben den durch die Exportkreditagenturen besicherten Finanzierungen stellen supranationale Institutionen eine weitere Finanzierungsquelle dar.

Funding-Struktur



So stammten per Jahresende 2011 rund 11 Prozent des ausstehenden Volumens von Instituten wie der European Investment Bank (EIB) oder der EBRD. Diese Finanzierungen sind üblicherweise langfristig und verbessern die Struktur des Finanzierungsmix signifikant. Die Zusammenarbeit mit diesen supranationalen Institutionen ist in den Regionen, in denen die RBI tätig ist, ein wesentlicher Pfeiler des Funding und wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Die Kooperation erstreckt sich dabei nicht nur auf den Finanzierungsbereich, sondern auch auf andere Bereiche, z. B. auf Risk-Sharing-Programme, die zu einer Optimierung der risikogewichteten Aktiva führen.

Weiters profitieren die Netzwerkbanken in der Finanzierung von der Unterstützung durch die Raiffeisen Bankengruppe Österreich. Diese traditionsreiche Partnerschaft dient sowohl der Beschaffung von Liquidität über den Raiffeisensektor als auch der Platzierung von Funding-Instrumenten des Sektors bei seinen Kunden.

Ein wesentliches Ziel der RBI in diesem Bereich ist es, die Finanzierungsquellen für die Netzwerkbanken möglichst breit zu diversifizieren. In Kombination mit den Kundeneinlagen soll dies in Zukunft zu einer noch nachhaltigeren und eigenständigeren Struktur der Finanzierung der Netzwerkbanken führen.

Erfolgreiche Benchmark-Emissionen

Für die mittel- bis langfristige Refinanzierung nutzt die RBI u. a. zwei Emissionsprogramme: das „EUR 25.000.000.000 Debt Issuance Program“ und das „EUR 20.000.000.000 Emissionsprogramm der Raiffeisen Bank International AG“. Im Rahmen dieser Programme können Anleihen in unterschiedlichen Währungen und Strukturen ausgegeben werden. Das Gesamtvolumen der ausstehenden Anleihen aus den Programmen darf € 25 Milliarden bzw. € 20 Milliarden nicht überschreiten. Per Jahresultimo 2011 waren in beiden Programmen in Summe € 12 Milliarden ausständig.

Angesichts des schwierigen Marktumfelds setzte die RBI im Jahr 2011 ihren Funding-Plan zügig um. So konnte sie bereits im ersten Quartal zwei Drittel des Funding-Bedarfs aus Wholesale Funding aufbringen, indem sie zwei erstrangige Benchmark-Emissionen platzierte. Im Jänner wurde die erste Benchmark-Emission als erstrangige Fixzinsanleihe mit einem Volumen von € 1 Milliarde und dreijähriger Laufzeit emittiert. Mit dieser Emission ist es der RBI als erster österreichischer Bank seit Beginn der Finanzkrise gelungen, eine unbesicherte Anleihe mit einem Volumen von mehr als € 500 Millionen zu emittieren. Die Platzierung erfolgte zu 145 Basispunkten über Mid-Swaps, der Kupon lag bei 3,625 Prozent. Die Emission war deutlich überzeichnet.

Wenige Wochen später nutzte die RBI im März 2011 das freundlichere Marktumfeld und emittierte eine zweite Benchmark-Anleihe im Volumen von € 1 Milliarde. Auch diese Emission war deutlich überzeichnet. Die Anleihe wurde mit einem variablen Kupon mit einem Aufschlag von 90 Basispunkten über dem 3-Monats-Euribor und einer Laufzeit von 2 Jahren ausgestattet.

Im Mai 2011 konnte die RBI als einziges österreichisches Institut eine nachrangige Anleihe über € 500 Millionen mit 10 Jahren Laufzeit platzieren. Sie diente als Ersatz für eine gekündigte Anleihe im Volumen von € 366 Millionen. Die Platzierung erfolgte zu 325 Basispunkten über Mid-Swaps, der Kupon lag bei 6,625 Prozent.

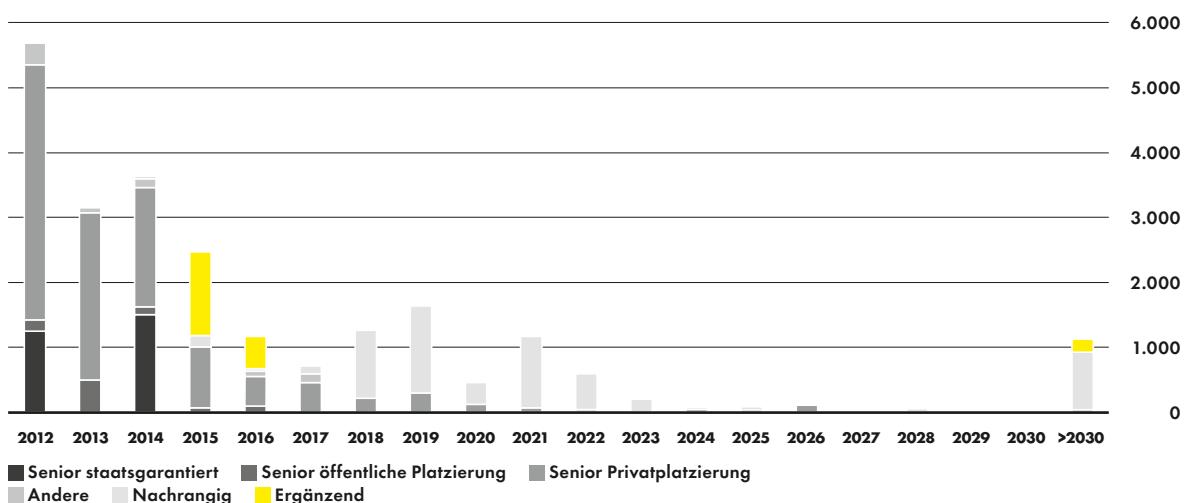
Weitere Refinanzierungsmaßnahmen

Für die Mittelaufnahme im kurzfristigen Bereich nutzte die RBI sowohl den Interbankenmarkt als auch ihre beiden Emissionsprogramme für kurzfristige Emissionen (Commercial Papers), das „European Commercial Paper Program“ und das „US Commercial Paper Program“. Im Rahmen beider Programme kann die RBI Commercial Papers in unterschiedlichen Währungen emittieren und sich damit auch außerhalb des reinen Interbankenmarkts refinanzieren.

Zur Diversifizierung ihrer Finanzierungsquellen arbeitet die RBI auch aktiv an der Erschließung besicherter Refinanzierungsquellen, bei denen längerfristiges Funding gegen sonst illiquide Assets erhoben werden kann. Die dadurch erzielte Mobilisierung von Aktiva soll zukünftig an Bedeutung gewinnen.

Laufzeitprofil der verbrieften Verbindlichkeiten

in € Millionen



Die zu Sicherungszwecken in das erste Quartal 2011 vorgezogenen Finanzierungsaktivitäten der RBI spiegeln sich – ebenso wie das schwierigere Marktumfeld für USD-Refinanzierungen für nicht US-amerikanische Banken – im Zinsergebnis für das Jahr 2011 wider. Die frühzeitige Umsetzung des Funding-Plans für 2011 beeinflusste den Jahresüberschuss positiv.

Risikomanagement

Das Jahr 2011 war von enormer Unsicherheit auf den Märkten geprägt. Während sich im ersten Halbjahr noch die Erholung der globalen Wirtschaft von 2010 fortsetzte, bot sich im zweiten Halbjahr ein anderes Bild. Die Staatsschuldenkrise in den peripheren EU-Mitgliedstaaten und die langwierigen Verhandlungen sowie vor allem Uneinigkeiten auf politischer Ebene über zu beschließende Gegenmaßnahmen schürten die Nervosität und verursachten enormes Misstrauen auf den europäischen Märkten. Finanzinstitute begannen im Sommer, ihre Liquiditätsüberschüsse zu horten und eher im „sicheren Hafen“ der EZB zu platzieren, als den Interbankenmarkt mit Liquidität zu versorgen. Anzahl und Volumen der Neuemissionen sanken im Vergleich zu den Vorjahren drastisch. Auch auf den Aktienmärkten war die erhöhte Nervosität sowohl durch enorme Kursvolatilität als auch durch teils erhebliche Wertverluste insbesondere von Finanztiteln zu spüren.

In diesem Umfeld trug das Risikomanagement der RBI durch den Einsatz von bestehenden und neuen Steuerungsinstrumenten der erhöhten Volatilität der Märkte Rechnung und konnte so frühzeitig auf Veränderungen der volkswirtschaftlichen Gegebenheiten reagieren. Auf die Erhaltung der starken Liquiditätsposition wurde dabei besonderes Augenmerk gelegt, und aushaltende Risikobeträge gegenüber Staaten und Finanzinstituten v. a. in den von der Staatsschuldenkrise betroffenen Märkten wurden weiter reduziert. Weiters wurden interne Prozesse und Strukturen kritisch evaluiert, sowohl um die gewünschte Effizienz der Risikokontrollsysteme zu gewährleisten als auch um potenzielle Risiken aus operativen Prozessen frühzeitig entdecken und steuern zu können. All diese Maßnahmen trugen dazu bei, die Widerstandsfähigkeit des RBI-Kreditportfolios weiter zu erhöhen.

Stresstests

Im ersten Halbjahr 2011 führte die EBA einen Stresstest durch, an dem 90 europäische Banken teilnahmen. Der Test analysierte anhand von Variablen wie BIP-Wachstumsraten, Wechselkursen und Risikoauswirkungen die Auswirkungen verschiedener volkswirtschaftlicher Entwicklungsszenarien auf künftige Kapitalerfordernisse, notwendige Kreditrisikovorsorgen sowie Ertrags- und Kapitalkomponenten. Insbesondere wurden die direkten und indirekten Einflüsse vorgegebener Krisenszenarien ausgelotet.

Die EBA legte dabei eine Kernkapitalquote von 5 Prozent (harte Kernkapitalquote nach CRD III) als Zielwert nach Eintreten des Krisenszenarios über zwei Jahre fest. Diesen Wert übertraf die RBI mit 7,8 Prozent deutlich. Zudem zeigte der nur minimale Rückgang der Kapitalquote um 0,3 Prozentpunkte über den Stresszeitraum die Krisenresistenz der RBI gegenüber den dargestellten Szenarien.

Vor allem die mit den Stresstests verbundene detaillierte Veröffentlichung der Forderungen der Banken gegenüber Staaten versorgte die Finanzmärkte mit wesentlichen Informationen zur Risikoeinschätzung. Die RBI wies dabei nur sehr geringe Aushaftungen gegenüber den europäischen Peripheriestaaten aus und hat diese seit der Veröffentlichung weiter reduziert. Dazu senkte das Risikomanagement sowohl die Limits wie auch die aushaftenden Risikobeträge, um negativen Folgen der europäischen Staatsschuldenkrise entgegenzuwirken.

Nach der Analyse der Ergebnisse des durchgeföhrten Stresstests und in Anbetracht der makroökonomischen Entwicklungen entschied sich die EBA im Herbst 2011, die Angemessenheit der Kapitalisierung der Banken erneut zu prüfen. Dabei wurde untersucht, welcher Kapitalbedarf bei den teilnehmenden Banken bestünde, um eine Kapitalquote von 9 Prozent zu erreichen. Um die europäischen Finanzinstitute gegen das volatile Marktumfeld resistenter zu machen und die Finanzmarktstabilität zu schützen, müssen die Banken diese Quote nun bis Ende Juni 2012 erreichen. Die RBI nahm an dieser Übung nur indirekt als Einheit der RZB teil, sodass für die RBI kein detailliertes Ergebnis vorliegt. Dennoch erarbeitete die RBI als Teil der RZB etliche Initiativen, um die vorgeschriebene Quote zu erreichen. Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen wurde bereits 2011 begonnen.

Zusätzlich zur harten Kernkapitalquote von 9 Prozent identifizierte die EBA weiteren Kapitalbedarf als Puffer für stille Lasten im Staatenportfolio der Banken, die sich aus den unrealisierten Verlusten von Forderungen an Staaten ergeben, deren Marktwert im Lauf der Staatsschuldenkrise gefallen ist. Für die RZB ergab sich dafür kein zusätzlicher Kapitalbedarf.

Neben den von Aufsichtsbehörden durchgeföhrten regulatorischen Stresstests hat die RBI 2011 auch interne Analysen für weitere Szenarien und potenzielle Risikotreiber durchgeführt. Durch enge Zusammenarbeit sämtlicher Risikomanagementbereiche und unter Einbeziehung weiterer Experten aus den Netzwerkbanken und dem Controlling wurden bei diesen internen Stresstests eine Vielzahl an Risikofaktoren und deren Auswirkungen auf die Solvabilität berücksichtigt. Neben im Stressfall erhöhtem Kapitalbedarf und steigenden Wertberichtigungen für das Kreditportfolio fanden auch Marktrisiken, operationelle Risiken, gestiegene Finanzierungskosten und zahlreiche weitere Kapital- und Ertragskomponenten Eingang in die integrierte Betrachtungsweise. Über die Ergebnisse aus den Stresstests und deren Analyse wurde regelmäßig auch der Vorstand informiert, um bei etwaigen Bedrohungsszenarien die rasche Einleitung von Gegenmaßnahmen zu ermöglichen.

Ungarn

Sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch das politische Umfeld in Ungarn stellten das Risikomanagement 2011 vor besondere Herausforderungen. Im Vergleich zu anderen zentral- und osteuropäischen Staaten weist die ungarische Wirtschaft geringere Wachstumsraten auf, für 2012 erwartet Raiffeisen Research sogar ein reales BIP von rund minus 0,5 Prozent. Vor diesem Hintergrund erwartet die RBI für den ungarischen Markt einen weiteren Anstieg der NPL Ratio, die per Jahresultimo 2011 22,7 Prozent betrug. Das RBI-Kreditrisikomanagement setzt deshalb zur Minimierung potenzieller Verluste ein Frühwarnsystem zur Erkennung möglicher Bonitätsverschlechterungen ein und verfolgt aktiv die Rückführung des Kreditobligos sowie die Erhöhung der Sicherheiten bei Kunden mit geringer Bonität.

Im Jahr 2011 wurden für Ungarn Risikovorsorgen in Höhe von € 478 Millionen gebildet. Während die Einzelwertberichtigungen mit € 521 Millionen dotiert wurden, kam es bei den Portfolio-Wertberichtigungen zu einer Auflösung im Ausmaß von € 43 Millionen. Die Coverage Ratio erhöhte sich damit auf rund 61,7 Prozent.

Zusätzlich zu der in Ungarn 2010 eingeführten Bankenabgabe und den bestehenden gesetzlichen Einschränkungen für Banken, z. B. in der Immobilienverwertung, ermöglicht ein vom ungarischen Parlament am 20. September 2011 verabschiedetes Gesetz Privatkunden die vorzeitige Rückzahlung von Hypothekarkrediten in Schweizer Franken, Euro und japanischen Yen zu festgelegten Wechselkursen. Diese betragen 180 HUF je CHF, 250 HUF je EUR und 200 HUF je 100 JPY. Zum Vergleich lagen die tatsächlichen Wechselkurse am 31. Dezember 2011 bei 259,3 HUF je CHF, 314,8 HUF je EUR und 310,5 HUF je 100 JPY. Die festgelegten Wechselkurse lagen somit am 31. Dezember 2011 beim Schweizer Franken um rund 31 Prozent, beim Euro um rund 21 Prozent und beim japanischen Yen um rund 36 Prozent unter den tatsächlichen Kursen. Die Regelung gilt für Bankkunden, die ihre Fremdwährungskredite aufgenommen haben, als die Kurse nicht über diesen Niveaus lagen. Bis 30. Dezember 2011 konnten diese Kunden ihre Absicht der vollständigen Rückzahlung ankündigen, die danach innerhalb von 60 Tagen erfolgen musste.

Nachstehende Tabelle zeigt das Hypothekarkreditvolumen in Fremdwährung an Retail-Kunden in Ungarn:

in € Millionen	2011	Anteil	2010	Anteil
Euro	34	2,8%	38	2,6%
Schweizer Franken	1.185	97,2%	1.429	97,3%
Andere Fremdwährungen	0	<0,1%	0	<0,1%
Gesamt	1.218	100,0%	1.468	100,0%

Das Volumen der tatsächlichen oder noch zu erwartenden Rückzahlungen betrug per 31. Dezember 2011 € 401 Millionen, was einer Annahmequote von 28,9 Prozent entspricht. Rund die Hälfte davon wurde bereits im Jahr 2011 konvertiert, für den Restbetrag wurden entsprechende Vorsorgen getroffen. Der daraus resultierende Verlust betrug € 109 Millionen. Der in den Folgeperioden entgehende Zinsertrag beträgt rund € 18 Millionen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement war eine der 2011 am stärksten betroffenen Einheiten des Risikocontrollings. Neben der Frequenzsteigerung des internen Reportings und der enormen Anzahl an zusätzlichen Analyseaufgaben, besonders seit dem Austrocknen der Emissionsmärkte, wurden auch außerordentliche Maßnahmen gesetzt, um die Erhaltung des starken Liquiditätspuffers der RBI zu gewährleisten. Gleichzeitig wurden die in der internen Risikomessung und -steuerung verwendeten Krisenszenario-Analysen weiterentwickelt und in die Liquiditäts- und Bilanzstruktursteuerung der wesentlichen Konzerneinheiten stärker eingebunden.

Auch die Geldflussmodellierungen für den regulären Erwartungsfall wurden 2011 überarbeitet und um Erkenntnisse der vergangenen Jahre erweitert, um die daraus entstehenden Vorschaurechnungen für Kapitalbindung und Refinanzierungsbedürfnisse anpassen zu können. Dadurch sollen zum einen die Transparenz bezüglich tatsächlich entstehender Kosten und Risiken erhöht, andererseits aber natürlich auch die richtigen Steuerungsimpulse gesetzt werden.

Die vorgesehene Umsetzung der Liquiditätsvorschriften nach Basel III war 2011 ein weiteres Thema im Zusammenhang mit dem Liquiditätsrisiko. Obwohl noch keine finale Fassung der regulatorischen Vorschriften vorliegt und diese daher noch sehr unterschiedlich interpretiert werden, wurden bereits Berechnungen für die RBI und einzelne Konzerneinheiten durchgeführt. Die Implementierung der erforderlichen Datenlandschaft und entsprechender Berechnungsapplikationen wurde ebenfalls bereits eingeleitet und wird vor allem 2012 einen Arbeitsschwerpunkt bilden.

Das Liquidity Contingency Committee (LCC) ist ein Gremium, das sich mit Liquiditätssteuerung und Maßnahmen im Fall angespannter Marktsituationen oder Krisen befasst. Aufgrund der angespannten Marktsituation wurde das LCC in der zweiten Jahreshälfte 2011 einberufen und hat bis zum Jahresende mehrmals getagt.

Simulation des Zinsüberschusses

Das Zinsergebnis der RBI stellt einen bedeutenden Ergebnisfaktor dar und trägt damit wesentlich zur Stärkung der Kapitalbasis und zum Erfolg des Geschäftsmodells bei. Um dieser Bedeutung gerecht zu werden, wird das Risikomanagement von Zinsflüssen in einer eigenen Einheit unabhängig vom Liquiditätsrisiko wahrgenommen. Hier wird v. a. der Einfluss von unterschiedlichen Zinsszenarien auf das Zinsergebnis simuliert. In enger Kooperation mit den Markteinheiten bereitet sich die RBI damit auf unterschiedliche Entwicklungen auf den Märkten vor und kann im Fall negativer Tendenzen schnell reagieren. Im Jahr 2011 standen in diesem Bereich einerseits die Weiterentwicklung der zur Verfügung stehenden Analyse- und Reportingwerkzeuge und andererseits die Harmonisierung dieser Systeme innerhalb der Gruppe im Vordergrund.

Marktrisiko

Seit Jänner 2010 basiert das Marktrisikomanagement auf den Zahlen eines internen Modells. Dieses errechnet mit einem hybriden Ansatz, also einer Kombination aus historischer und Monte-Carlo-Simulation mit 5.000 Szenarien, den Value-at-Risk (VaR) für die Veränderung der Risikofaktoren Fremdwährungen, Zinsentwicklung, Credit Spreads aus Anleihen und Credit Default Swaps sowie Aktienindizes. Zur besseren Abbildung der Risikofaktoren, bei denen die Wahrscheinlichkeit extremer Kursänderungen höher ist als in einer Normalverteilung, wurden zahlreiche Zusätze in das Modell integriert. Dazu zählen etwa die Anreicherung der Szenarien um extreme Ereignisse oder die Berücksichtigung des aktuellen Volatilitätsniveaus in der Generierung von Szenarien sowie unterschiedliche Zeithorizonte in der Volatilitätsschätzung. Die Wahl dieses Modellzugangs schafft bereits heute die Basis, um die strengen Basel-III-Anforderungen in internen Modellen umzusetzen. Das Modell wurde zusätzlich um ein Stressed-VaR-Modul erweitert, das die seit 31. Dezember 2011 geltenden regulatorischen Anforderungen erfüllt.

Nach Bestehen des Begutachtungsprozesses der FMA und der Österreichischen Nationalbank (OeNB) wird das Modell seit 30. August 2010 für die Eigenmittelberechnung des Fremdwährungs- und des allgemeinen Zinsrisikos des Handelsbuches für die Konzernzentrale verwendet. Der tägliche Steuerungsumfang beinhaltet Handels- und Bankbücher der RBI basierend auf dem VaR bei einer Haltedauer von 1 Tag und einem Konfidenzintervall von 99 Prozent sowie Sensitivitätslimits. Die Marktrisikoposition, der Limitprozess und die Darstellung sämtlicher Kapitalmarktaktivitäten in der Erfolgsrechnung zählen zu den fixen Tagesordnungspunkten des wöchentlich tagenden Marktrisiko-Komitees.

Um die Qualität des Modells sicherzustellen, wird es einem täglichen Rückvergleich, dem so genannten Backtesting, unterzogen. Die Ergebnisse dieser Tests lagen stets im Rahmen der Modellerwartungen und zeigten auch in den vergangenen Monaten keine wesentlichen Abweichungen. Auf Basis dieser guten Ergebnisse ist das interne Modell regulatorisch in der besten Klasse („Status grün“) einzustufen.

Management von notleidenden Krediten

Dass 2011 ein schwieriges Jahr für CEE und damit für den Heimmarkt der RBI war, machte sich auch durch einen Anstieg der notleidenden Kredite an Nichtbanken bemerkbar (plus 4 Prozent oder € 266 Millionen gegenüber 2010). Die Neubildung entsprechender Kreditrisikovorsorgen wurde jedoch durch hohe Erträge aus Sanierungsmaßnahmen zum Teil kompensiert. Weiters wurde eine angemessene Deckung durch Wertberichtigungen gewährleistet. Dies wird auch 2012 einen der Schwerpunkte bilden.

Die RBI erzielte 2011 zudem signifikante Prozessverbesserungen in der Früherkennung gefährdeter Kredite und deren Bearbeitung, wodurch eine weitere Zunahme der notleidenden Kredite weitgehend verhindert werden konnte. Wichtige Eckpfeiler sind hier der vergrößerte Umfang der betrachteten Portfolios und die verbesserte Effizienz der Prozesse, die Weiterentwicklung des Berichtswesens und der kontinuierliche Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedern der Kreditinstitutsgruppe.

Basel II und III – regulatorisches Umfeld

Die RBI beschäftigte sich auch 2011 intensiv mit den laufenden bzw. bevorstehenden regulatorischen Entwicklungen. Ein Großteil der erwarteten Änderungen ergibt sich aus der EU-Richtlinie CRD III zum Kapitalbedarf und der von der EU-Kommission vorgeschlagenen noch weitergehenden Verordnung CRD IV/CRR. Der potenzielle Einfluss der neuen bzw. geänderten gesetzlichen Regelungen auf die RBI wurde eingehend analysiert. Bei Bedarf wurden entsprechende interne Richtlinien erlassen, so z. B. bezüglich der Vergütungspolitik und der Angemessenheit der Entlohnung.

Neben den bereits aufgenommenen Vorbereitungen im Zusammenhang mit den neuen Basel-III-Regelungen stand 2011 die laufende Implementierung des fortgeschrittenen Basel-II-Ansatzes im Fokus des Risikomanagements. Die Basel-II-bezogenen Aktivitäten umfassten die Implementierung des Internal-Ratings-Based-Ansatzes (IRB) im Retail- und Non-Retail-Bereich in den Tochterunternehmen in CEE, die Weiterentwicklung des internen Marktrisikomodells sowie die gruppenweite Einführung des Standardansatzes beim operationellen Risiko.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über den aktuellen Stand dieser Vorhaben. Die Implementierung des IRB-Ansatzes bei Tochterunternehmen in CEE wird 2012 fortgesetzt.

Einheit	Kreditrisiko		Marktrisiko	Operationelles Risiko
	Non-Retail	Retail		
Raiffeisen Bank International AG, Wien (Österreich)	IRB ¹	n.a.	Internes Modell ²	STA
RB International Finance (USA) LLC, New York (USA)	IRB	STA ³	STA	STA
Raiffeisenbank a.s., Prag (Tschechische Republik)	IRB	STA	STA	STA
Raiffeisen Bank Zrt., Budapest (Ungarn)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisen Malta Bank plc., Sliema (Malta)	IRB	STA	STA	STA
Tatra banka a.s., Bratislava (Slowakei)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisen Bank S.A., Bukarest (Rumänien)	IRB	STA	STA	STA
Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (Kroatien)	IRB ⁴	STA	STA	STA
Alle anderen Einheiten	STA	STA	STA	STA

¹ IRB = Internal-Ratings-Based-Ansatz

² Nur für Risiko der offenen Devisenposition und allgemeines Zinsrisiko des Handelsbuchs

³ STA = Standard-Ansatz

⁴ Nur auf konsolidierter Ebene

Für die Kapitalunterlegung des operationellen Risikos gemäß Basel II wird derzeit in allen wesentlichen Konzerneinheiten der Standardansatz verwendet.

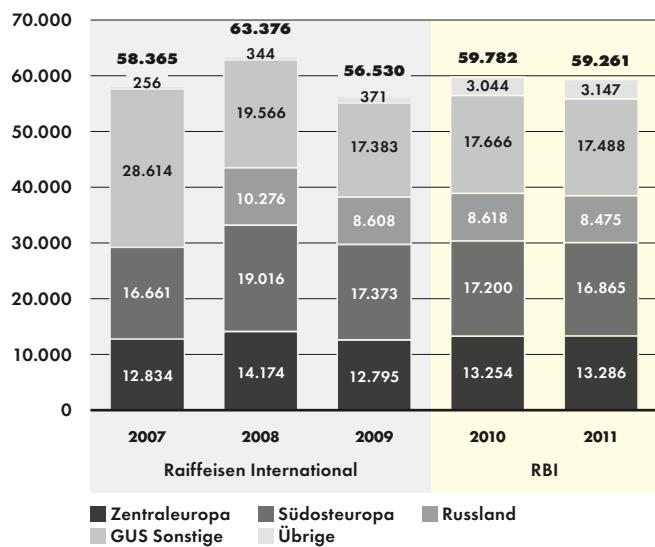
Human Resources

Die Arbeit im Bereich Human Resources (HR) ist eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung der RBI verbunden. Daher war 2011 ein Jahr der Gegensätze. Im ersten Halbjahr, das von Optimismus und Wachstumsaussichten geprägt war, wurde in neue Mitarbeiter, in die Aus- und Weiterbildung und in Maßnahmen im Kompensationsbereich investiert. In der zweiten Jahreshälfte veränderte sich die Situation, und es wurden in allen Ländern Kosteneinsparungsprogramme initiiert.

Zum 31. Dezember 2011 beschäftigte die RBI mit 59.261 Mitarbeitern (gemessen in Vollzeitäquivalenten) um 1 Prozent bzw. 521 Personen weniger als Ende 2010. Die gemessen an der Mitarbeiterzahl des Landes größten Reduktionen gab es in Russland, der Ukraine und in Ungarn. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter war mit 36 Jahren weiterhin relativ niedrig und unterstreicht das Bild der RBI als junge und dynamische Bank. Mit einer Akademikerquote von 74 Prozent wiesen die Mitarbeiter ein sehr hohes Qualifikationsniveau auf, 68 Prozent der Beschäftigten waren Frauen.

Entwicklung des Personalstands

Mitarbeiter zum Jahresende



Performance Management

Die Anpassung des Performance-Management-Prozesses an die aus den CRD-III-Richtlinien (Details dazu am Ende des Kapitels) resultierenden Erfordernisse bildete 2011 den Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung der Werkzeuge und Richtlinien für diesen Bereich. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die nachvollziehbare Umsetzung der Unternehmensstrategie in den individuellen Leistungszielen der Führungskräfte, auf intensives Training von Führungskräften und Mitarbeitern sowie auf Prozessverbesserungen gelegt.

Weiterbildung und internationaler Wissenstransfer

Die Schwerpunkte der fachlichen Weiterentwicklung stehen in engem Konnex zur Konzernstrategie der RBI. Dementsprechend lag 2011 der Fokus auf Ausbildungsprogrammen zu Produkten und Risiken des Kapitalmarkts, um die Beratungskompetenz der Firmenkundenbetreuer in diesem Bereich auszubauen, sowie auf Trainings im Risikomanagement und im Bereich des gehobenen Privatkundengeschäfts (Premium Banking). Allen Mitarbeitern steht ein umfassendes Kursangebot zur Verfügung. Um die Schlagkraft konzernweiter Trainings zu erhöhen, wurden in allen Netzwerkbanken sogenannte Mastertrainer ernannt, die als Multiplikatoren für die Wissensvermittlung eingesetzt werden.

Neben klassischen Trainings lag ein Schwerpunkt auf der Förderung der konzernweiten Mobilität bzw. des grenzüberschreitenden Wissens- und Personalaustausches. Durch internationale Traineeprogramme, z. B. in den Bereichen Risikomanagement oder Treasury, konnten gezielt Know-how und Erfahrung unter den Netzwerkbanken ausgetauscht werden.

Als wichtiger Bestandteil der Weiterbildung wurde im Berichtszeitraum das Angebot an E-Learning weiter ausgebaut. Dies dient vor allem dem Ziel, die Ausbildung zu Standardthemen sowie lokale und gruppenweite Initiativen bestmöglich zu unterstützen. Durch den Ausbau der technischen Infrastruktur und Verbesserungen der Anwenderfreundlichkeit wurden die Nutzung und Akzeptanz im Jahr 2011 deutlich erhöht.

Talent Management und Führungskräfteentwicklung

Als Arbeitgeber schafft die RBI ein Umfeld, in dem sie die Mitarbeiter fordert und entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten fördert und unterstützt. Um den wertvollsten Know-how-Trägern gezielt Perspektiven für ihre berufliche Weiterentwicklung aufzuzeigen und sie an das Unternehmen zu binden, sollen ihnen auch attraktive Alternativen zu einer Führungskarriere geboten werden. Dafür wurden die notwendigen Strukturen geschaffen, die nun die Grundlage für ein breites Bündel an Maßnahmen im Bereich Talent Management bilden.

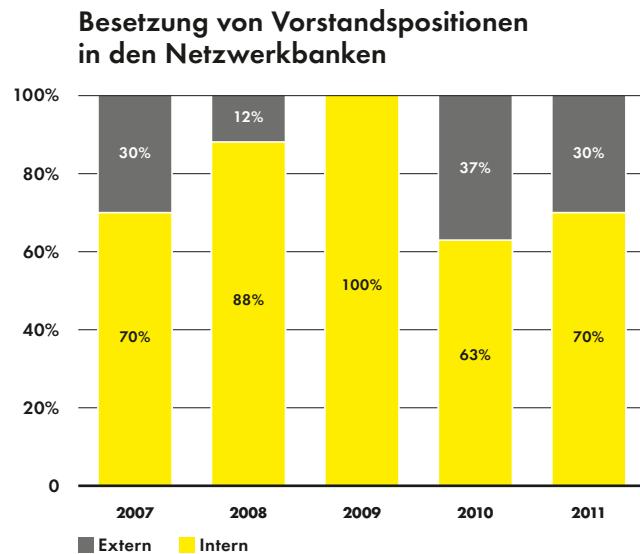
Top Companies for Leaders

Für ihre Strategie und ihre Programme zur Führungskräfteentwicklung wurde die RBI als erstes österreichisches Unternehmen im Rahmen der internationalen Studie „Top Companies for Leaders 2011“ ausgezeichnet: Sie belegte den sechsten Platz im europäischen Ranking der Studie des amerikanischen Magazins Fortune, die in Kooperation mit den Personalberatungsunternehmen AonHewitt und RBL Group durchgeführt wurde. Die RBI hat es dabei als eine von wenigen Banken in das Ranking geschafft. Kriterien der Bewertung waren u. a. die Stärke der Führungspraktiken und -kultur, die Führungskräfteentwicklung auf globaler Ebene, die Konsistenz von Führungs- und Geschäftsstrategie sowie Geschäftserfolg und Ansehen des Unternehmens.

Das Talent Management der RBI zeichnet sich durch klare Prozesse und effektive Werkzeuge aus. Dank der Stärke des RBI Top Talent Pools, das aus mehr als 120 Kandidaten besteht, können Top-Positionen großteils intern besetzt werden.

Zahlreiche konzernweite und lokale Initiativen

Um den Schlüsselpersonen im Management der RBI umfassendes Feedback zu ihrem aktuellen Leistungsniveau – auch im Vergleich zum Markt – zu geben, wurde 2011 ein konzernweites Top Management Audit entwickelt. Es dient als Basis für individuelle Entwicklungspläne mit Schwerpunkt auf der Förderung der Internationalisierung und der Verbreiterung des Management-Hintergrunds.



Zusätzlich gab es eine Vielzahl an lokalen Initiativen, um High Potentials zu identifizieren und zu fördern, so z. B. Assessment Center für Branch Manager im Kosovo, für Middle Manager in Russland und für lokale Top-Talente in Ungarn, die School of Excellence in Kroatien und das Executive Education Program in Zusammenarbeit mit internationalen und lokalen Business Schools in Russland und Polen.

Langjährig bewährte Führungskräfte-Entwicklungsprogramme für verschiedenste Zielgruppen und Management-Ebenen sowie Coachings und sogenannte „360-Grad-Feedbacks“ wurden auch 2011 weitergeführt. Gleichzeitig kooperierte die RBI im Raiffeisen-Campus-Projekt mit den Ausbildungsorganisationen der Raiffeisen Bankengruppe Österreich, um mittelfristig das Talent Management innerhalb der gesamten Raiffeisen-Gruppe durchlässiger zu gestalten.

Mitarbeiterbefragungen

Auch 2011 wurden in vielen Einheiten – neben Österreich u. a. in den Raiffeisenbanken in Albanien, dem Kosovo, Kroatien, Polen, Rumänien und Serbien – Mitarbeiterbefragungen durchgeführt. In Österreich nahmen knapp über 70 Prozent der Mitarbeiter an der Befragung teil. Neben Fragen zu Arbeitssituation, Zusammenarbeit, Information und Kommunikation sowie Zufriedenheit war ein Schwerpunkt dem Thema Leadership gewidmet. Nach Auswertung der Ergebnisse wurden mehr als 60 Projekte entwickelt, mit deren Umsetzung noch 2011 begonnen wurde. Zusätzlich wurden Maßnahmen zur Verbesserung der internen Information und Kommunikation gesetzt und auch die Performance-Management- und Kompensationssysteme in diversen Details angepasst.

Zusammenrücken im Bereich Human Resources

Konzernsteuerung, Wissensmanagement und das Lernen voneinander waren auch 2011 wichtige Themen im Human-Resources-Management der RBI. So wurde sowohl die Implementierung von Gruppenstandards vorangetrieben als auch die Zusammenarbeit zwischen den Tochterbanken – vor allem der Austausch von Erfahrungen und Best Practice – intensiviert. Bei der jährlichen Tagung der Personalleiter der RBI im April wurden Informationen zu aktuellen Themen wie Job Grading, Change-Projekte, Kompensationsprogramme, Performance Management oder Incentive-Regelungen ausgetauscht. Zusätzlich wurden bei zwei regionalen Meetings in Minsk und Zagreb die unterschiedlichen regionalen oder länderspezifischen Anforderungen erörtert. Im Fokus standen dabei u. a. die optimale HR-Struktur, die Mitarbeiterentwicklung und die Optimierung administrativer HR-Prozesse.

Neue Regulierungen im Kompensationsbereich

Änderungen im österreichischen Bankwesengesetz (§ 39b BWG) auf Grundlage einer EU-Richtlinie (Capital Requirements Directive III, CRD III) verlangen seit 2011 zwingend Vorgaben für variable Vergütungssysteme in Banken. Ziel davon ist es, die Mitarbeiter zu einem Handeln zu motivieren, das stärker auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit ausgerichtet ist. Vor diesem Hintergrund hat die RBI 2011 ihre Vergütungssysteme angepasst und spezielle Regelungen für Mitglieder der Geschäftsleitung, Risikokäufer (Funktionen, die durch ihre Geschäftsentscheidungen direkt das Risikoprofil beeinflussen), Mitarbeiter mit Kontrollfunktionen sowie Mitarbeiter, die derselben Vergütungsgruppe wie die Geschäftsleitung und Risikokäufer angehören und deren Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil auswirkt („Risikopersonal“), geschaffen.

Für alle Unternehmen der RZB-Gruppe wurde der Einfluss festgelegter Kriterien (z. B. Geschäftsmodell, Assets, ökonomisches Kapital etc.) auf das Risiko geprüft und die Anwendung der neu gestalteten Kompensationsrichtlinien (voll, limitiert oder minimiert) festgelegt sowie das „Risikopersonal“ („Identified Staff“) bestimmt. Darauf aufbauend wurden wesentlich detailliertere allgemeine Vergütungsgrundsätze als Basis für die Vergütungspolitik und -praxis der RBI und der RZB-Kreditinstitutsgruppe definiert. Damit wurde ein Rahmen festgelegt, der die Ausrichtung der Vergütung der Mitarbeiter konzernweit nach den neuen gesetzlichen Regeln sicherstellt:

Allgemeine Vergütungsgrundsätze der RBI

- Die Vergütungsgrundsätze unterstützen die Geschäftsstrategie und die Berücksichtigung der langfristigen Unternehmensziele, Interessen und Werte durch die Anwendung der Schlüsselkennzahlen (KPI) und der wesentlichen kulturellen Kompetenzen der RBI.
- Die Vergütungsgrundsätze beinhalten Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten.
- Die Vergütungsgrundsätze und -richtlinien entsprechen einer wirksamen Praxis des Risikomanagements. Anreize zu unangemessenem Risikoverhalten werden dank KPI und verschiedener Managementprozesse (z. B. des Performance-Management-Prozesses, der Risikoausschüsse und des Bonus-Pool-Ansatzes) vermieden.
- Der Vergütung liegt eine funktionale Struktur (etwa eine Vergütungsstufenstruktur) zugrunde und sie ist leistungsbezogen.
- Die Vergütung ist kompetitiv und leistbar und wird gemäß dem relativen Wert der jeweiligen Position, dem Marktwert und den üblichen Gepflogenheiten festgelegt.
- Die fixe Vergütung wird nach Maßgabe der vor Ort geltenden Marktbedingungen definiert.
- Die Zusammensetzung der Vergütung (das Verhältnis der variablen zu den fixen Bestandteilen) ist wohl ausgewogen und gewährt jedem Mitarbeiter bereits auf Basis des Fixeinkommens einen angemessenen Lebensstandard. Dies erlaubt eine vollständig flexible Vergütungspolitik einschließlich der Möglichkeit, auf jegliche variable Vergütung zu verzichten.
- Die variable Vergütung kann folgende Elemente umfassen:
 - Short-term Incentives (STI) bzw. kurzfristige Anreize: Sie gelten für Leistungen bis zu einem Jahr, gemessen anhand quantitativer und qualitativer Kriterien auf Konzern-, Bank-, Business-Unit- und individueller Ebene.
 - Um sicherzustellen, dass sich die Leistung der gesamten Organisation/der Business Unit in kurzfristigen Anreizen widerspiegelt, wird die Gesamthöhe der Zahlungen durch Bonus-Pools bestimmt.
 - Mid-/Long-term Incentives (LTI) bzw. mittel-/langfristige Anreize: Sie gelten für kontinuierliche Leistungen über bis zu fünf Jahre und basieren auf mittel- und langfristigen Leistungsmessungen.
- Alle variablen Vergütungsprogramme beinhalten Bestimmungen über Schwellenwerte und Obergrenzen.
- Die gesamte variable Vergütung darf die Möglichkeiten des Instituts zur Stärkung seiner Eigenkapitalbasis nicht einschränken.

- Die variable Vergütung darf über keinerlei Vehikel oder Methoden ausbezahlt werden, die eine Umgehung der Vorschriften dieser Unternehmensrichtlinie der RBI erleichtern würden.
- Leistung bildet die Grundlage aller variablen Vergütungspläne. Sie umfasst:
 - Leistungen auf Bank-, Business-Unit- (sofern anwendbar) sowie individueller Ebene (inklusive der Einhaltung des Verhaltenskodex sowie der Compliance-Vorschriften der RZB Group).
 - Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalkosten.
- Die individuelle Leistung entspricht dem Output der erzielten Ergebnisse und Verhaltensweisen/Kompetenzen auf Basis sowohl quantitativer als auch qualitativer Messungen, die im Rahmen des Leistungsmanagement-Prozesses durchgeführt werden und finanzielle wie auch nichtfinanzielle Kriterien berücksichtigen.
- Die Leistung auf Konzern- bzw. Business-Unit-Ebene entspricht dem Output der erzielten Ergebnisse auf Basis quantitativer Messungen anhand der KPI der RBI Group.
- Mitarbeiter in Kontrollfunktionen werden unabhängig vom Abschneiden der von ihnen geleiteten Business Units entlohnt. Sie sind mit angemessenen Befugnissen ausgestattet und ihre Vergütung wird anhand der Erreichung ihrer Organisationsziele festgelegt – unabhängig davon, welche Ergebnisse die von ihnen überwachten geschäftlichen Aktivitäten erbringen.
- Die Pensionsleistungen entsprechen der Geschäftsstrategie, den Werten und den langfristigen Interessen des Instituts. Verlässt ein Mitarbeiter das Unternehmen vor seiner Pensionierung, werden die Pensionsleistungen auf freiwilliger Basis während eines Zeitraums von fünf Jahren in Form von Eigenkapital-/bargeldlosen Instrumenten gehalten. Erreicht ein Mitarbeiter die Pensionierung, werden freiwillige Pensionszahlungen an den Mitarbeiter in Form von Eigenkapitalinstrumenten mit fünfjähriger Behaltfrist geleistet.
- Garantierte variable Zahlungen dürfen nur ausnahmsweise und nur im ersten Jahr der Beschäftigung gewährt werden.

Für das „Risikopersonal“ wurden zusätzlich spezielle Grundsätze, z. B. die Zurückstellung von Teilen der variablen Vergütung über einen definierten Zeitraum, implementiert.

Basierend auf den Richtlinien des Konzerns und den jeweiligen lokalen gesetzlichen Vorgaben wurden in allen Konzern-einheiten neue Kompensationsrichtlinien eingeführt. Dabei wurden in einigen Ländern die bestehenden variablen Entlohnungssysteme angepasst, so etwa in Bosnien und Herzegowina das Jahresbonussystem oder in Serbien einzelne Incentive-Systeme für Verkaufseinheiten.

In Österreich konnte die im Zuge der Fusion der Raiffeisen International mit den Hauptgeschäftsfeldern der RZB 2010 gestartete Harmonisierung bzw. Neugestaltung der Entlohnungsstrukturen 2011 abgeschlossen werden. Auf Basis der neuen regulatorischen Rahmenbedingungen wurde dabei das Kompensations- bzw. Bonussystem neu gestaltet. Im Zuge dessen wurden die Grundgehältsstrukturen einem Marktvergleich unterzogen und Gehaltsbandbreiten für die verschiedensten Funktionsgruppen entwickelt. Damit ist die Harmonisierung der Entlohnungsstrukturen, die ein wesentliches Element in der Entwicklung einer neuen Unternehmenskultur darstellt, abgeschlossen.

Ausblick

Konjunkturaussichten

Zentraleuropa

Nachdem die Volkswirtschaften Zentraleuropas 2011 noch von einer soliden Entwicklung der Exportmärkte profitierten, wird für 2012 eine deutliche Konjunktureintrübung prognostiziert. Vor diesem Hintergrund dürfte das BIP-Wachstum Polens von 4,3 Prozent im Jahr 2011 auf 2,8 Prozent 2012 zurückgehen. Ähnlich gestaltet sich die Entwicklung in der Slowakei, die 2011 noch ein Wachstum von 3,3 Prozent verzeichnete, 2012 aber voraussichtlich einen Rückgang der Wirtschaftsleistung auf 0,8 Prozent erleiden wird. Bei weiterhin schwacher Inlandsnachfrage und Einbußen bei den Exporten infolge der erwarteten Rezession in der Eurozone wird für die Tschechische Republik 2012 mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität um 0,2 Prozent gerechnet. Eine ähnliche Entwicklung wird für Slowenien erwartet, wo neben der starken Exportabhängigkeit ein fragiler Bankensektor sowie ein politischer Reformstau die Aussichten trüben. In Ungarn belasten die politischen Entscheidungen das Vertrauen der Investoren. Gepaart mit einer schwachen Inlandsnachfrage wird hier für 2012 ein Konjunkturrückgang von 0,5 Prozent prognostiziert.

Südosteuropa

Eine neuerliche Abschwächung der Konjunktur in der Eurozone, kombiniert mit den bereits jetzt schwachen Investitionen, dürfte sich auch auf Südosteuropa dämpfend auswirken und könnte in einigen Ländern zu einer Stagnation bzw. sogar zu einer Rezession führen. Eine Eindämmung der Kreditvergaben, weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und ein Rückgang der Überweisungen der im Ausland arbeitenden Südosteuropäer schwächen die Konsumausgaben. Auch die Staaten haben wenig Spielraum für eine nennenswerte Stärkung des Konsums oder die Finanzierung von Investitionen. Für das Jahr 2012 wird daher mit rund 0,3 Prozent nur eine geringfügige Steigerung des BIP erwartet.

GUS

Trotz eines erwarteten weiterhin hohen Rohölpreises wird für 2012 ein schwächeres Wachstum in Russland prognostiziert. Russland fällt es zunehmend schwer, das Exportpreisniveau in hohes Wirtschaftswachstum umzusetzen. Es sollte jedoch mit 3,7 Prozent weiterhin deutlich im positiven Bereich und auch über dem Niveau der Eurozone liegen. Die inländischen Konjunkturimpulse – sowohl durch private Nachfrage als auch durch Investitionen – dürften im Vergleich zum Vorjahr etwas schwächer ausfallen. Eine ähnliche Entwicklung ist für die Ukraine zu erwarten, die ebenso wie Russland stark von den volatilen Rohstoffpreisen abhängig und damit gerade im aktuellen globalen Umfeld Risiken ausgesetzt ist. Hier dürfte das Wirtschaftswachstum von 5,2 Prozent auf 3,5 Prozent zurückgehen. Dem weiterhin starken inländischen Konsum steht dabei nur ein mäßiger Wachstumsbeitrag der Nettoexporte gegenüber. Belarus wird 2012 noch mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen haben. Trotz anhaltend hohen Inflations- und Abwertungsdrucks wird ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 3,0 Prozent erwartet.

Eurozone

Die Ergebnisse der Konjunkturmfragen signalisieren für Ende 2011/Anfang 2012 eine merkliche Konjunkturabkühlung. Fiskalisches Gegensteuern gegen den Abschwung ist in den meisten Ländern aufgrund der hohen Finanzierungskosten kaum möglich. Im Gegenteil, in den meisten Euroländern ist 2012 mit einer anhaltend restriktiv ausgerichteten Fiskalpolitik zu rechnen. Zudem bleibt das politische Umfeld auf Jahressicht unruhig. Sparpakete und Strukturveränderungen auf nationaler sowie Rettungspakete auf gesamteuropäischer Ebene werden wohl weiterhin von Kritik und Protesten begleitet werden. Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist mit einer merklichen Rezession von Ende 2011 bis Jahresmitte 2012 zu rechnen. Nachfrageseitig dürfte diese im Euroraum vor allem von Rückgängen der Investitions- und öffentlichen Konsumnachfrage geprägt sein. Es ist davon auszugehen, dass einige Länder des Euroraums im Jahr 2012 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung erleiden: Belgien (minus 0,2 Prozent), Deutschland (0,0 Prozent), Finnland (0,0 Prozent), Frankreich (0,1 Prozent), Irland (minus 0,7 Prozent), Italien (minus 1,8 Prozent), Österreich (0,3 Prozent) und Spanien (minus 1,2 Prozent). Die stärksten Einbrüche sind für Griechenland (minus 5,5 Prozent) und Portugal (minus 3,8 Prozent) zu erwarten.

Asien

China wird auch 2012 der Wachstumsmotor im asiatischen Raum bleiben, wenngleich sich die Wachstumsdynamik aufgrund der nachlassenden weltweiten Exportnachfrage und der internen Ungleichgewichte auf dem Immobilienmarkt spürbar verlangsamen wird. Der nachlassende Inflationsdruck ermöglicht ein geldpolitisches Gegensteuern. Gleichzeitig wird erwartet, dass die Fiskalpolitik nicht wie 2009 stark unterstützend eingreift (massive Investitionsausweitung), sondern kleinere Maßnahmen, die vor allem den Konsum beleben und die einkommensschwachen Schichten unterstützen sollen, setzt. Insgesamt sollte für das Gesamtjahr 2012 das Wachstumsziel der Regierung von 7,5 Prozent übertrroffen werden können. Auch Indien dürfte mit einer deutlichen Wachstumsverlangsamung konfrontiert sein, die im ersten Halbjahr 2012 einen Tiefpunkt erreichen dürfte. Für 2012 liegen die Wachstumsprognosen im Schnitt bei 7,0 Prozent.

Ausblick der RBI

Im Zuge der sich aus heutiger Sicht abzeichnenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung insbesondere in CEE peilen wir mittelfristig und einschließlich der Akquisition der Polbank einen Return on Equity vor Steuern von rund 15 Prozent an. Hierbei sind künftige Akquisitionen, etwaige Kapitalerhöhungen sowie heute noch nicht absehbare regulatorische Anforderungen nicht berücksichtigt.

Für 2012 gehen wir aufgrund des wirtschaftlichen Umfelds und der restriktiven regulatorischen Bestimmungen von einem stabilen Geschäftsvolumen aus. Unter Kundengesichtspunkten planen wir, dass der Bereich Corporate Customers weiter das Rückgrat des Geschäfts bilden soll, und der Bereich Retail Customers mittelfristig einen größeren Anteil am Geschäftsvolumen des Konzerns einnehmen soll als bisher.

Vor dem Hintergrund der sich ständig verändernden regulatorischen Anforderungen sowie einer weiteren Stärkung der Bilanzstruktur überprüfen wir laufend Höhe und Struktur unserer Eigenmittel, um zeitnah und flexibel agieren zu können. Dabei stellt weiterhin, abhängig von der weiteren Entwicklung der Märkte, auch die Durchführung einer Kapitalerhöhung eine mögliche Option dar.

Trotz des prognostizierten verhaltenen Wirtschaftswachstums erwarten wir eine Stabilisierung der Neubildungsquote bei nur geringfügig ansteigendem Volumen der notleidenden Kredite. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen des wirtschaftlichen und politischen Umfelds ist derzeit keine genaue Einschätzung in Bezug auf das Erreichen des Wendepunkts bei den notleidenden Krediten möglich.

Für das Jahr 2012 gehen wir von höheren Bankenabgaben als im Vorjahr aus. Diese werden in Österreich und CEE voraussichtlich zu einer Ergebnisbelastung von rund € 160 Millionen (davon rund € 100 Millionen für Österreich, rund € 40 Millionen für Ungarn sowie rund € 20 Millionen für die Slowakei) führen.

Wir planen 2012 für die RBI-Gruppe ein langfristiges Wholesale-Funding-Volumen (Laufzeit über 1 Jahr) von rund € 4,6 Milliarden. Beim kapitalmarktbezogenen Wholesale-Funding kalkulieren wir mit einem Volumen von € 2,1 Milliarden, wovon bis Mitte März bereits rund € 1,3 Milliarden platziert wurden.

Auch 2012 widmen wir der Kostenentwicklung erhöhte Aufmerksamkeit. Dazu wurden in der gesamten Gruppe Kosten-senkungsprogramme mit dem Ziel einer flachen Kostenentwicklung aufgesetzt. Die Anzahl der Geschäftsstellen soll für den Konzern im Jahr 2012 etwa stabil bleiben (ohne Polbank), wobei es aber in einzelnen Ländern weiterhin zu Optimierungen des Geschäftsstellennetzwerks kommen kann.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Akquisition der Polbank

Am 3. Februar 2011 schloss die RBI eine Vereinbarung mit der griechischen EFG Eurobank Ergasias S.A. (Eurobank EFG) über den Erwerb eines Mehrheitsanteils in Höhe von 70 Prozent im ersten Schritt an deren Teilbetrieb Polbank EFG (Polbank). Mit ihrem starken Fokus auf Privatkunden wäre die Polbank eine gute Ergänzung zur Raiffeisen Bank Polska, die primär auf Firmenkunden fokussiert.

Wichtige Schritte zum Erwerb der Polbank – etwa die Genehmigungen der EU-Kommission sowie die Umwandlung in eine Bank mit eigener Lizenz – wie auch die Vorbereitungen für die künftige Organisationsstruktur der fusionierten Bank wurden im Geschäftsjahr 2011 erfolgreich abgeschlossen. Das Closing der Transaktion hängt jetzt noch von der aufsichtsrechtlichen Zustimmung in Polen ab.

Stärkung des Kernkapitals

Am 5. März 2012 endete die Angebotsfrist für den Rückkauf mehrerer Hybridkapitalemissionen der RBI. Insgesamt kaufte die RBI Wertpapiere im Gesamtnennwert bzw. zum Liquidationsvorzugsbetrag von € 358 Millionen zurück. Durch den Rückkauf erhöht sich das Core-Tier-1-Kapital um rund € 113 Millionen (Unterschiedsbetrag zwischen Nenn- und Rückkaufswert) bzw. die Core Tier 1 Ratio um 0,12 Prozentpunkte. Dadurch wird die Kapitalstruktur vor dem Hintergrund der veränderten regulatorischen Anforderungen entsprechend gestärkt.

Optimierung der Beteiligungsstruktur in Vorbereitung auf Basel III

Im Zuge der Vorbereitungsmaßnahmen auf die ab 2013 geltenden Richtlinien nach Basel III optimiert die RBI ihre Beteiligungsstruktur. Die europäische Umsetzung von Basel III wird die Anrechnung der Kapitalbeiträge von Minderheitsaktionären beschränken. Um diesen Effekt zu vermeiden, wird die RBI die im Eigentum der RZB befindlichen Minderheitenanteile an der Tatra banka, a.s. in der Slowakei und der Raiffeisenbank a.s. in der Tschechischen Republik übernehmen und dadurch ihre bereits bestehende Mehrheitsbeteiligung an diesen Netzwerkbanken aufstocken und die Aktionärsstruktur weiter vereinfachen.

Nach Abschluss der Maßnahme – vorbehaltlich der noch ausstehenden Genehmigungen durch die relevanten Aufsichtsbehörden – wird sich der Anteil der RBI am Kapital der Tatra banka in der Slowakei von 65,8 Prozent auf 78,6 Prozent und jener an der Raiffeisenbank in der Tschechischen Republik von 51,0 Prozent auf 75,0 Prozent erhöhen. Der Kaufpreis der Anteile wird insgesamt rund € 344 Millionen betragen, woraus vorerst ein Effekt auf die Core Tier 1 Ratio von rund 0,35 Prozentpunkten resultiert.